Frühling 2014

Sperre

Münsters Magazin für Arbeit, Soziales & Kultur

kostenlos!

Im Fokus
Brisante Themen zur Kommunalwahl

Wohnen und andere Bedrohungen

Spannende Geschichte
Siegreiche Germanen

In der Heftmitte
Weiterbildungs- und Sprachkurse

MALTA

Münsters ArbeitsLosenTreff Achtermannstraße

Termine:

Mo	09:00 - 16:00	Bewerbungen schreiben, Stellen suchen
	15:00 - 16:30	Frauen - Treff (Berliner Platz 29)
Di	10:00 - 14:00	Bewerbungen schreiben, Stellen suchen
	14:00 - 16:00	Ideenschmiede
	16:00 - 18:00	Offener Treff
	18:30 - 20:30	Männergesangsverein MALTA
Mi	09:00 - 10:00	Forum Plus. Bewerbungsoptimierungen (um die 50)
	10:00 - 12:00	Pflanzendoktor
	10:00 - 12:00	Schreibwerkstatt (alle 14 Tage, SPERRE-Büro, Berliner Platz 8)
	12:00 - 14:00	Teamsitzung
	14:00 - 16:00	Offener Treff
	17:30	MALTA – Chor
Do	10:00 - 12:00	Bewerbungen schreiben, Stellen suchen (nur für Frauen)
	12:00 - 16:00	Offener Treff
	16:00 - 20:00	Allgemeine Beratung
	18.00 - 20:00	Allgemeine Beratung (nach Absprache)
	20:00	Filmabend, jeden 1. Donnerstag im Monat
Fr	10:30 - 13:30	Offenes Frühstück
	13:30 - 16:00	Offener Treff
	16:00 - 17:30	Deutsch-Kurs (nach Anmeldung)
	17:30 - 19:30	Spanisch-Kurs

Von und für Arbeitslose, alle Angebote sind kostenlos!

Achtermannstr. 10 - 48153 Münster - 0251/4140553
www.maltanetz.de - malta@maltanetz.de

Editorial

Wessen Schulden?

Am Anfang war das Wort. Das steht schon in der Bibel. Das Wort ist mächtiger als das Schwert, sagte schon ein weiser Gelehrter. Oder, wer schreibt, der bleibt, sagte man im Volksmund.

Das wird wohl auch der Grund sein, warum die Zeitungen, Magazine und Flugblätter trotz aller verbalen und visuellen Medien nicht ausgestorben sind. Kein noch so musikalisch eingerichteter Hörfunk oder keine noch so spannend gestaltete Fernsehsendung kann das geschriebene Wort ersetzen. Wer liest - lesen kann - weiß mehr!

Als Neu-Schreiberling darf ich heute das Begrüßungswort an Sie, liebe Leserin, lieber Leser richten. Die adelige Lady neben mir heißt Bienchen und ist seit 15 Jahren meine Muse. Gerne verfasse ich meine Themen 'heiter oder auch ironisch', meistens beides zusammen, denn auch wenn die Lage für die Rentner und Arbeitslosen nicht lustig ist, sollen sie das Lachen nicht verlernen!

Es wäre schade, wenn es sie nicht gäbe, die Hofnarren unserer Zeit: z.B. Volker Pispers, Jürgen Becker, Georg Schramm, Hagen Rether, Dieter Nuhr, Urban Priol und Dieter Hildebrand, der leider nicht mehr bei uns ist. Sie sind wichtig, weil viele unserer Politiker gerne so tun, als ob in Deutschland alles in Ordnung wäre!

Aber wer weiß, vielleicht ist alles nicht so schlimm, und unsere Medien tragen einfach nur zu dick auf. Wäre logisch, denn wenn der deutsche Staat verschuldet ist, kann er nicht Milliarden an Euros an bankrotte EU Staaten „verschenken". Und dann könnte er auch nicht so viele Politiker mit satten Pensionen in den Ruhestand schicken oder hochkarätige Vorstandsposten für sie einrichten. Er könnte keine Projekte bauen, die unvollendet bleiben und täglich horrende Summen an Steuergeldern verschlucken. Oder wer kann sich schon fast 5 Millionen Arbeitslose und Zuwanderer leisten?

Denken wir doch auch einmal daran, dass es reiner Luxus ist, einen amerikanischen Abhördienst gegen Terrorgruppen und für die Sicherheit jedes einzelnen Bürgers einzustellen. Und es gibt noch Hunderte von unnützen Ausgaben mehr!

Doch sehen wir das Ganze doch mal positiv: Müsste der Staat zugeben, dass er keine Schulden hat, müsste er mehr Arbeitsplätze schaffen. Was wäre dann mit den tausend Sachbearbeitern im JobCenter? Was würde aus den Tafeln und Suppenküchen und den vielen schäbigen Sozialwohnungen, die dann keiner beziehen würde?

Und was wäre mit der SPERRE? Luxusbauten, noble Autos, Jachten, supergestylte Stars und überbezahlte Manager

würden dann selten werden.

Unter uns: Das wäre doch schade!

Doch tatsächlich scheint „Vater Staat" wirklich genug Geld zu haben. Zumindest, was die eigene Gehaltserhöhung, sprich Diäten angeht, die sich unsere Abgeordneten selbst reichlich zugesprochen haben. Da bleibt dann doch einem Normalverdienenden das Lachen im Hals stecken. So eine Lohnerhöhung hätte doch jeder gerne.

Übertrage ich diese Situation auf einen normalen Haushalt, frage ich mich: Was würden meine Kinder sagen, wenn ich ihnen jeden Tag vorjammere, dass der Lebensunterhalt immer teurer wird und unsere Familie dadurch sehr verschuldet ist. Zukünftig wird beschlossen, dass im Haushalt gespart werden muss. Urlaub wird gestrichen, der Hund wird abgeschafft. Auswärts Essen gibt's nicht mehr, auch zu Hause werden die Mahlzeiten knapper. Es werden keine neuen Klamotten gekauft, nur noch gebrauchte. Taschengeld wird gestrichen, Schulbücher und Hefte müssen sich die Kinder selbst verdienen.

Bestimmt werden sie meckern und murren, würden sich aber fügen. Nach zwei Jahren eisernen Sparens habe ich eine Überraschung für sie: Stolz zeige ich ihnen meinen nagelneuen Pelzmantel. Ich glaube, meine Kinder würden mich rausschmeißen.

Was würden Ihre tun?

Ihre Donata Godlewska

6 Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Münster wählt einen neuen Stadtrat und die SPERRE hat auf den Titelseiten drei Themenbereiche ausgewählt, die den Leuten auf den Nägeln brennen: Einerseits die Mietpreisexplosion in der westfälischen Metropole, andererseits ein Thema, das uns alle angeht, Altersarmut. Und nicht zuletzt die angespannte Situation bei der Münster-Tafel.

sperre_Frühling 2014

Kommunale Wahlentscheidung in Kürze. Und wie jede Wahl gleicht sie mitunter einem Glücksspiel. Doch zurück auf Los. Treffen sich zwei Männer: „Du, ich hab im Lotto gewonnen!“ „Ach.“ „Und weißt Du wie?“ „Nö.“ „Ganz einfach: Ich hab in der Messe die ersten sechs Liednummern genommen und das dann getippt. Hat prima geklappt.“ „Das ist ja ein Ding, das probier ich auch.“ Eine Woche später treffen sie sich wieder. Sagt der eine: „Das war ja wohl nix mit dem Lottogewinn.“ Der Andere: „Wieso? In welcher Kirche warst Du denn?“ „Im Dom.“ „Ach, Dom. Dom ist Spiel 77, Sankt Lamberti ist Lotto!“

Wohnen und andere Bedrohungen

TITEL

BEGEGNUNGSZENTRUM SPRICKMANNSTRASSE E.V.

7 Das betrifft uns alle

Altersarmut

GERRIT HOEKMAN

9 Tafelunwesen in Münster

Recht auf Nahrung: nein! - Almosen: ja!

DONATA GODLEWSKA

12 Dach über’n Kopf

Über die Mühen einer Wohnungssuche

ARNOLD VOSKAMP

13 Wohnsituation in Münster

Alle Parteien versprechen Abhilfe – natürlich!

ARNOLD VOSKAMP

15 Satire

Die Partei der Fahrradfeinde

ÜBER DEM TELLERRAND

INTERVIEW

16 Faules Osterei

Die Europawahl aus griechischer Sicht

ZUM RAUSREISSEN

KOSTENLOSE ANGEBOTE

19 Sprach- und Weiterbildungskurse

Doppelseitiges DIN A3 Blatt

GLOSSE

DONATA GODLEWSKA

23 Undankbar

Was ist der unterbezahlteste Job der Welt?

16 Solidarisches Europa

Am 25. Mai wird auch ein neues Europaparlament gewählt. Da wir nur deutsche Parteien wählen können, ist ein Blick über den Tellerrand wichtig. Aus diesem Anlass schauen wir nach Griechenland und lassen Alexis Tsipras, den Vorsitzenden der Partei Syriza zu Wort kommen.

26 Rote Karte für Betrüger

Gerade die Schwächsten sind Opfer von Schwindel und Trickserei. In Zeiten mangelnder Privatsphäre berichten wir von einem besonders dreisten Versuch von Datenmissbrauch.

KULT-TOUR

CHRISTOPH THELIGMANN

24 Buchbesprechung

Werner Thiel:

Der Sommer des Arminius

ZUM LEBEN ZU WENIG

GERRIT HOEKMAN

26 Vorsicht vor Betrügern!

Böses Spiel mit bedürftigen Menschen

MALTA SEITE

BEATE HÄHN

28 Wie gewonnen, so zerronnen

Ein neuer Job

NICHT SPERRIG

KURTS MELDUNGEN

30 Tipps und Presseticker

Soziale Ungleichheit / Jobpaten / Mit gutem Beispiel voran / Bundestags-Petition / Berufliche Eingliederung / Wahlmüde Hartzer / Psychisch erkrankt / Doktoranden / Hausbesuche / Mindestlohn / Zwangsverrentung / Wohnen am Breul / #1 Geben, #2 Nehmen, #3 Teilen

ALLES WAS RECHT IST

36 Urteile

VW-Bus ist keine Unterkunft / Mietschulden / Geld-Überweisungen der Eltern / Untermieter / EU-Ausländer / Kosten für Klassenfahrt / Zwangsbehandlung / Zeitreisen / Urlaubssemester / Dunkler Nachhauseweg / Lebenslauf, Datenschutz und Leistungskürzung / Meldetermin / Fahrtkosten zur Demo

39 IMPRESSUM

Jeden Donnerstag um 12:00 Uhr treffen wir uns zur Arbeitsgemeinschaft „Onlinejournalismus – Recherche und Textgestaltung“ in den Räumen der SPERRE -Redaktion. Weitere TeilnehmerInnen sind willkommen.

Wohnen und andere Bedrohungen

Am 25. Mai sind Kommunalwahlen. Auf diesen Titelseiten werden wir drei Themen in den Mittelpunkt stellen, welche die WählerInnen mit am dringlichsten beschäftigen werden: Altersarmut, Wohnungsnot und die Bedürftigkeit nach Lebensmitteln! Der erste Beitrag kommt vom Begegnungszentrum Sprickmannstrasse e.V., dem sozial engagierten und der SPERRE freundschaftlich verbundenen Verein. Gerrit Hoekman berichtet in seiner lesenswerten Geschichte rund um das Thema „Tafel“. Arnold Voskamp beschreibt die aktuelle Wohnungssituation in Münster und Donata Godlewska erzählt von ihren Mühen, in Münster eine neue Wohnung zu finden. Wir schließen mit dem Lieblingsthema der Münsterländer, dem Radfahren.

ALTERSARMUT: KINDERHAUS IM GESPRÄCH

ANFANG 2014 IN DER MARKUSGEMEINDE

Immer mehr Menschen sehen sich im fortschreitenden Alter von Armut bedroht. Welche Auswirkungen dies haben kann und welche Präventionsmöglichkeiten es in Münster gibt, diskutierten Fachleute der Diakonie, der Stadt Münster, des Sportbundes und des Begegnungszentrums gemeinsam mit Bürgern aus Münster-Kinderhaus. Pfarrer Norbert Ammermann (Markus-Gemeinde) und Thomas Kollmann (Begegnungszentrum) moderierten die Veranstaltungen und setzten sich zu Beginn mit der Frage auseinander: „Wann ist ein Mensch arm?“

Um in die Thematik einzuführen, wurde ein Ausschnitt aus einer ZDF-Reportage gezeigt, in der die Situation von drei Rentnern beschrieben wurde. So die Lage einer alleinstehenden Seniorin, die ihren Schmuck ins Pfandhaus bringen muss, um vorerst das Nötigste zum Leben zu haben, die einer 80-jährigen, die sich einen Theaterbesuch buchstäblich vom Munde abspart, und ein anderer Rentner ist auf die wöchentlichen Ausgaben der Tafel angewiesen und sammelt in den Abendstunden Pfandflaschen. Die große Scham über ihre aussichtslose Situation teilen alle gemeinsam.

Manche Besucher in der Gemeinde kennen diese Situationen und sie reagierten sehr emotional: „Es ist teilweise erschreckend, was passiert, auch hier in Kinderhaus.“

„Arm ist ein Mensch, wenn die Grundsicherung keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht“, zieht Kollmann ein Zwischenfazit. „Oft spielt hierbei die Scham, öffentliche, zustehende Gelder zu beantragen und eine Verschuldung eine Rolle“, berichtet Bettina Krämer vom Beratungs- und BildungsCentrum der Diakonie Münster, die eine Schuldnerberatung vor Ort in Kinderhaus anbietet. „Altersarmut begegnet uns zunehmend in den Beratungsstellen.“

Gabriele Völker-Honscheid vom Stadt-Sportbund-Münster beschreibt in ihrem Vortrag, wie schwer es für die Rentner ist, aus solch einer Situation heraus zu kommen: „Armut ist ein Teufelskreis. Das ist eine Spirale, die sehr schnell immer enger wird.“ Zudem berichtete sie davon, dass „Isolation und Armut auch schnell mit Vernachlässigung der Gesundheit einhergehen kann“– und zeigte Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für die 50plus-Generation auf.

Referentin Marion Lischka vom Projekt „Rechtzeitig

skulptur projekte münster 07 – Ilya Kasakow

Generationsübergreifend

Vorsorgen – Schritte gegen Altersarmut“ der Diakonie Münster informierte die Zuhörer über Möglichkeiten der Haushaltsführung und Rentenversorgungen. Sie wies in dem Vortrag darauf hin, dass es enorm wichtig sei, dass sich die Menschen frühzeitig Hilfe holen sollten, weil: „Prävention ist schwer, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist.“

Die Adressaten der Präventionsmaßnahmen sind Senioren, die von Armut und Isolation bedroht sind. Das Maßnahmenprogramm der Stadt Münster, vorgestellt durch Kristina Lichte, beinhaltet Handlungsfelder wie zum Beispiel Wohnen, Prävention durch Sport und Bewegungsangebote, Münster Pass 60plus Abo, Erwerbsbeteiligung älterer Menschen und Teilhabe. Aus ersten Erfahrungen des Fallmanagement „Teilhabe im Alter“ geht hervor, dass bei einer Kontaktaufnahme von 180 Personen ungefähr 120 Personen dieses Hilfsangebot gerne angenommen haben. Zudem liegt der Schwerpunkt auf der Installation von Netzwerken ‚Älter werden in ...‘, die seitens der Stadt mit Hilfe der Verbände aufgebaut werden.

In Kinderhaus wird ein Anstieg von 63% der über 80-Jährigen bis zum Jahr 2020 prognostiziert.

Der Arbeitskreis „Älter werden in Kinderhaus“, der von Andreas Duttmann von der Caritas vor Ort - Beratungsstelle Kinderhaus geleitet wird, ist immer dankbar für Anregungen zur Verbesserung der Situation älterer Menschen in allen genannten Bereichen. Nächstes Treffen bitte erfragen.

Herr Duttmann ist unter der Telefonnummer 0251- 263350 oder per E-mail: beratungsstelle.Kinderhaus@caritas-ms.de erreichbar.

Stopp der Altersarmut, Foto: Maike Sammet

VERTAFELUNG DER GESELLSCHAFT

von Gerrit Hoekman

Immer mehr Menschen in Deutschland müssen sich von den Ehrenamtlichen der „Tafeln" ernähren lassen. Arbeitslose. Rentner. Alleinerziehende. Flüchtlinge. Inzwischen tauchen schon Studenten bei den Verteilstellen auf, weil der WG-Kühlschrank leer ist. Hartz IV, Rente, BAföG – wer auf Geld vom Staat angewiesen ist, kommt selten bis zum Monatsende über die Runden. Der Preis für Strom und Heizung steigt unerbittlich, Obst, Brot und Gemüse sind kaum noch zu bezahlen.

Die rund 1000 Tafeln sind für alle, die in solchen Kalamitäten stecken, ein Segen. Der Bedarf ist riesig, die Tafeln können die Nachfrage kaum befriedigen. Geschätzt anderthalb Millionen Deutsche kommen regelmäßig zu den Ausgabestellen. In Münster sind es laut Lokalpresse 13000, die von dem satt werden, was andere nicht mehr essen mögen. „In Deutschland werden täglich viele Tonnen Lebensmittel vernichtet, obwohl sie noch verzehrfähig sind. Gleichzeitig gibt es auch hierzulande Millionen Menschen, die nicht ausreichend zu essen haben", schreibt der „Bundesverband der Tafeln" auf seiner Homepage.

Weltweit landen jedes Jahr 1,3 Milliarden Tonnen Nahrungsmittel im Müll, schätzen die Vereinten Nationen. Nur zum Vergleich: Das ist eine Menge, die viermal größer ist als der gesamte Warenumschlag in Rotterdam, dem größten Hafen in Europa! Alle Hungernden der Welt könnten damit satt werden, so der sehenswerte Film „Taste the Waste" von Valentin Thurn. „50 Prozent aller Lebensmittel werden weggeworfen: Jeder zweite Kopfsalat, jede zweite Kartoffel und jedes fünfte Brot", hat der Filmemacher recherchiert. Fast schlimmer noch: Durch unseren Wegwerfwahn treiben wir global die Preise für Essen hoch und verstärken den Klimawandel, denn jeder Kohlkopf, der auf der Kippe landet, wird zuvor mit viel Energie angebaut.

ALMOSEN STATT ANSPRUCH

Vor diesem Hintergrund ist es eine gute Sache, wenn es Vereine wie die „Tafeln" gibt, die Lebensmittel vor der Vernichtung retten. Coesfeld, Dülmen, Senden oder Lüdinghausen – auch im Münsterland gibt es inzwischen in fast jeder Kleinstadt Verteilstellen, wo

Bedürftige für einen geringen Obolus oder ganz umsonst Waren bekommen. Dafür gebührt den rund 50.000 Ehrenamtlichen Dank.

Aber nicht nur die Armen freuen sich über den Bürgersinn der Freiwilligen, auch die Politik sieht das Engagement gerne. Schließlich übernehmen die Tafeln einen Teil der vornehmsten Aufgabe des Sozialstaats: Dafür zu sorgen, dass alle Bürger wenigstens genug zu essen haben. Deshalb werfen Kritiker den Tafeln vor, dem Staat ein Deckmäntelchen zu verschaffen. Anstatt die Ursachen zu beseitigen, versuchen soziale Vereine wie die Tafeln die Symptome zu lindern. Almosen statt gesetzlicher Anspruch.

Die Kritiker anerkennen die Arbeit der Ehrenamtlich bei den Tafeln – als Hilfe in der Not, aber nicht als Dauerzustand. „Es wäre fatal, wenn die Tafelbewegung dazu beiträgt, dass sich der Staat mit Hinweis auf die Bürgergesellschaft aus der Daseinsvorsorge seiner Bürger zurückzieht“, mahnt die Caritas in einem Eckpunktpapier. Je besser die Tafeln arbeiten, umso kleiner werde der Wille des Staates etwas an den Zuständen zu ändern. Manche sprechen schon von einer „Vertafelung der Gesellschaft“.

ESSEN NACH GUTSHERRENART

Immer wieder gibt es auch Kritik an der Qualität der verteilten waren. „Mehr als die Hälfte der Lebensmittel war in einem gammeligen Zustand, nur noch für den Müll geeignet“, klagte eine Leserbriefschreiberin Anfang März in den Westfälischen Nachrichten. „Ich bekam offene Packungen bei gefrorenen Produkten und eine Unmenge an Fertigsoßen.“ Die Schreiberin bemängelte außerdem, dass man sich die Lebensmittel in Münster nicht aussuchen könne wie es in anderen Städten durchaus üblich sei.

„Da wir nur verteilen können, was wir selbst erhalten, passiert es nicht häufig, dass in den Lebensmittelkörben etwas enthalten ist, was der einzelne nicht wünscht“, bittet Hubertus Schmitte, Pressesprecher der Münster-Tafel, gegenüber der „Sperre“ um Verständnis. Manche Kunden fühlen sich aber durch die Praxis der „Tafel“ bevormundet. Wer seinen Stolz beiseite geschoben hat, muss in Münster zunächst eine Telefonnummer anrufen, um an den Fleischtopf zu gelangen. Dort teilt ihm die „Tafel“ den am nächsten liegenden Ausgabeort mit. Nur an diesem darf der neue „Kunde“ ab sofort die Lebensmittel abholen. „Der Leiter der Tafel kennt jetzt auch meinen ganzen Hartz-IV-Bezug. Den Bescheid dazu musste ich ihm überlassen“, so die Leserbriefschreiberin aus der WN. „Ist das noch soziales Engagement oder schon soziale Überheblichkeit?“

Claudius Voigt vom Münsteraner Flüchtlingshilfeverein GGUA spricht bei der Tafel von „Gutsherrenart in Reinform“. Die GGUA habe selbst mit der „Tafel“ über eine mögliche Versorgung der Flüchtlinge in Münster gesprochen, aber „es gelang uns nicht, die Gunst des Tafel-Vorsitzenden zu erlangen.“ Bestimmte Volksgruppen würden angeblich die ausgeteilten Waren sofort im Müll entsorgen, habe Tafel-Chef Roland Goetz als Ablehnungsgrund genannt, erinnert sich Voigt in einem Leserbrief in den Westfälischen Nachrichten.

Ein Vorwurf, der auch beim Streit zwischen der Münster-Tafel und der St. Ludgerus-Gemeinde in Albachten im Raum steht. Seit einigen Jahren beliefert die Tafel die Kirche mit Lebensmitteln. Ehrenamtlichen aus der Gemeinde verteilen sie dann vor Ort an die Armen. Anfang Februar hat der Verein die Lieferung aber von heute auf morgen eingestellt. Der Grund: Die Christen wollen auch weiterhin Waren an die in Albachten wohnenden Flüchtlinge verteilen, die regelmäßig jede Woche an der Ausgabestelle vorbeikommen. Die Tafel indes will die Migranten getrennt von den Einheimischen und in eigener Regie direkt an den Flüchtlingsunterkünften versorgen.

Auch hier soll das Argument gefallen sein, die Fremden würden das Essen sonst gleich wieder wegschmeißen. Es gäbe eine Sprachbarriere zwischen Ehrenamtlichen und den Flüchtlingen, so Goetz laut WN.

TAFEL: FALSCH VERSTANDEN

Wolfgang Schmitte, Pressesprecher der Tafel, will das in einer Stellungnahme gegenüber der „Sperre“ so nicht stehen lassen: „Der Vorsitzende der Münster-Tafel hat nie in der Lokalpresse behauptet, Flüchtlinge aus Albachten entsorgten Lebensmittel im Müll.“ Zwar sei das vor Jahren woanders in Münster schon mal vorgekommen, „das ist aber nicht zu verallgemeinern und insbesondere nicht mit irgendeiner Bevölkerungsgruppe in Verbindung zu bringen.“

Goetz fordere deshalb, so die WN, einen Sozialarbeiter und Übersetzer bei der Verteilung der Lebensmittel. Die Tafel verhandele über die ganze Angelegenheit gerade mit der Stadt. Heinz Lembeck, Abteilungsleiter im Bereich Flüchtlinge bei der Stadt Münster, wusste zumindest Anfang März nichts von solchen Verhandlungen. Auf Nachfrage der „Sperre“ hält er von einer Sonderverteilung für Flüchtlinge ohnehin wenig. „Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die Stadt dafür einen Sozialarbeiter bereitstellt“, sagt er. Bei den knappen Ressourcen in der Kommune.

„Wir verhandeln nicht mit der Stadt, sondern führen sehr informative Aufklärungsgespräche“, rückt Tafel-Sprecher Schmitte zurecht. Eine Belieferung erfordere mehr Geld, Autos und Personal. „Es geht darum, wie in der Zukunft mit potentiell mehr Flüchtlingen umgegangen werden kann. Dass die Stadt das nicht wünscht, ist uns nicht bekannt.“ Für die Integration der neuen Münsteraner wäre es vermutlich besser,

Münster Tafel geht auch anders!

sie dürften in der Ludgerus-Gemeinde weiter mit Einheimischen zusammentreffen. Die Münster-Tafel glaubt allerdings, dass die Verteilstellen langsam an die Grenze ihrer Belastbarkeit stoßen. Personell und räumlich. Zumindest der Ludgerus-Gemeinde zumindest aber glaubt, die Flüchtlinge auch in Zukunft weiter mitversorgen zu können.

MONOPOL DER MILDTÄTIGKEIT

Keine Frage: Die Tafeln in Deutschland sind mächtig. Sie sind in der Öffentlichkeit bekannt und angesehen, deshalb arbeiten die Händler besonders gerne mit ihnen zusammen. Im Laufe der Zeit ist daraus ein Monopol gewachsen, das es anderen Initiativen beinahe unmöglich macht, alternative Hilfsmodelle aufzubauen. Wer Hunger hat, ist deshalb von den Tafeln abhängig und von deren gutem Willen. Einen Anspruch auf Hilfe gibt es nämlich nicht – anders als bei staatlicher Unterstützung etwa. Die Tafeln sind gemeinnützige Vereine und können damit selbst entscheiden, wer Lebensmittel erhält.

Das öffnet manchmal der Willkür Tür und Tor: Als ein Mann aus Münster-Coerde vor vier Jahren einer bundesweiten Tageszeitung ein Interview gab, in dem er sich über die Qualität der Waren beschwerte und auch über die zuweilen schlechte Behandlung, schloss die Tafel ihn angeblich kurzerhand von der Verteilung aus. Auch seine Lebensgefährtin, die mit dem Interview nichts zu tun hatte, habe keine Lebensmittel mehr bekommen, so der Mann damals.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Münster-Tafel die Muskeln spielen lässt. 2009 lag der Verein über Kreuz mit der evangelischen Christus-Gemeinde in Wolbeck. Auch dort bekamen die Ehrenamtlichen plötzlich keine Lebensmittel mehr. Eine Zeitlang konnten die engagierten Christen das Angebot durch Spenden weiter aufrechterhalten, dann war Schluss. Die Tafel fand wenig später, so berichtete die Lokalpresse, eine neue Heimat – im Lagerraum eines Schnäppchenmarktes.

„Herr Goetz möchte die Bedürftigkeit selbst bestimmen. Die Leute sollen sich bei ihm melden“, klagt eine ehrenamtliche Mitarbeiterin der Ludgerus-Gemeinde in Albachten in der WN. Die Flüchtlinge von der Verteilung in der Gemeinde auszuschließen, sei indiskutabel. Ende März hieß es dann plötzlich von Seiten der „Tafel“, sie erhielt nicht mehr genug Lebensmittel, um auch noch die Flüchtlinge zu unterstützen. Die Lager seien gähnend leer.

Der Vorsitzende Goetz befürchtet deshalb, es könne an den Verteilstellen zu Streit kommen, wenn auf einmal weniger in den Warenkörben wäre. Deshalb müssen nun die Bedürftigen neben einer Armutsbescheinung nun auch noch den Pass bei der Tafel vorlegen. In Albachten wären damit rund Hundert Ausländer von der Verteilung ausgeschlossen, schätzt die Ludgerus-Gemeinde. „Wir sind nicht bereit, für ein solches Zwei-Klassen-System zu arbeiten“, betont eine Ehrenamtliche aus Albachten.

VERZWEIFELTE WOHNUNGSSUCHE

von Donata Godlewska

EIN ERLEBNISBERICHT

Eigentlich dachte ich, endlich einmal eine Wohnung gefunden zu haben, in der ich alt und grau werden könnte. In jüngster Zeit wurde ich nun beides in Beschleunigung: noch grauer, noch älter fühlend!

Vor 7 Jahren zog ich aus der schönen Eifel in die „lebenswerteste Stadt der Welt“ (in der alle meine Kinder wohnen). Hier dachte ich, sofort eine Arbeit und eine Wohnung zu bekommen. Mit der Wohnung hatte ich nach einigen Mühen Glück. Mit meiner Tochter bekam ich ein helles Domizil, groß genug für uns Beide und für meinen kleinen Hund, es war sogar ein Waldstück direkt vor der Haustür.

Das Leben mit Hartz IV war zwar nicht leicht, aber wir kamen mit den wenigen Groschen aus. Die Arbeitssuche gestaltete sich schwieriger als ich dachte. In meinem früheren Beruf fand ich trotz vieler Vermittlungsversuche keine Anstellung. Ein Fahrradunfall hinterließ eine Behinderung bei mir, und so wurde ich auch für andere Jobs nicht mehr vermittelbar. Ein bitterer Wermutstropfen, doch in einem Sprichwort heißt es: Wenn es einmal schlimm in deinem Leben kommt, dann lächle und sage: „Es könnte schlimmer kommen!“ Und ich lächelte.

Und Kinder werden irgendwann einmal flügge, das ist ja normal. Als meine Tochter in ihre eigene Wohnung zog, wusste ich nicht was schlimmer war: dass ich meine Tochter vermisste oder der Bescheid des Hartz IV-Amtes, dass ich mich nun nach einer „angemessenen Wohnung“ umzusehen hätte. Mir graute vor dem Gedanken wieder umzuziehen. In der Eifel sind mein Mann, ich und meine Tochter fast jedes Jahr umgezogen, weil mein Mann einen „beweglichen“ Beruf hatte.

Wer glaubt, das sei das Ende der Fahnenstange, hat das dicke Ende nicht gesehen: Vor wenigen Wochen kam der nächste Kälteschock: eine saftige Mieterhöhung um fast 80 Euro. So kommt zu dem Spießrutenlauf der Jobsuche ein weiterer hinzu: die Wohnungssuche. Meine Ahnung sollte sich bestätigen: Als erstes fragte ich bei meiner Wohnungsbaugesellschaft nach, die hatten leider keine kleinen Wohnungen frei, keine, die 50 qm (die Maximalgröße für Alleinstehende) groß waren. Man setzte mich auf eine Warteliste. Ebenso erging es mir bei anderen Gesellschaften.

Ich durchforstete die Zeitungen, abonnierte „Immoscout“ und andere Internetseiten, setzte mich mit Maklern und Vermietern in Verbindung, wenn ich auch nur eine „angemessene Wohnung“ schnupperte und erlebte einen Frust nach dem anderen.

War ich so ehrlich zu sagen, dass ich Hartz IV beziehe, war hier sofort die Anfragestunde zu Ende. Ebenso, wenn ich meinen klitzekleinen altersschwachen Hund erwähnte, aber was mich zur Salzsäule erstarren ließ, das waren die Wohnungsablehnungen aufgrund meines Alters! Ich bin gerade mal frische 60 Jahre alt!

Dies alles teilte ich meiner Sachbearbeiterin mit, die lakonisch meinte, das Jobcenter werde die Miete der alten Wohnung jetzt, wo meine Tochter ausgezogen sei, nicht übernehmen, die Angemessenheit stehe im Gesetz, ich hätte mich nicht genug bemüht, eine neue Wohnung zu finden, weil der Nachweis für meine Bemühungen fehle. Schließich habe sie auch eine Wohnung für 350 Euro gefunden, und bei ihr hätte niemand nach ihrem Verdienst gefragt! „Wer es glaubt“, dachte ich, „na fein, da nehmen uns die Sachbearbeiter auch noch die angemessenen Wohnungen weg!“

Jetzt hab ich endlich die „Fakten dicke“ und fange an mich zu wehren. Entschlossen wende ich mich an den Mietverein und an einen Rechtsanwalt, vielleicht gibt es doch einen Weg, mich nicht zwischen Wohnen und Verhungern entscheiden zu müssen!

Sollten auch die Gesetzesversteher nicht gegen die Politiker ankommen, kann ich mir nur den „billigsten und schönsten“ Wohnraum in Münster leisten: unter einer Kanalbrücke, und im Winter, eine 2 mal 1 qm und doppelt so tiefe Wohnung, Miete ca. 200 Euro im Jahr.

Dies wird das Hartz IV-Amt nicht zahlen müssen, aber meine Nachfahren.

Traurig aber wahr: Ich fürchte, ich bin nicht die Einzige!

WER ZIEHT IN MÜNSTER DAS WOHNUNGSLOS?

von Arnold Voskamp

DIE GROSSE LOTTERIE

Wohnungspolitik sollte das Thema von Münsters Kommunalpolitik werden. Das Thema brennt unter den Nägeln, und trotzdem bietet es im Wahlkampf kaum Anlass für Streit. Warum? Das liegt vielleicht daran, dass so mancher Wähler von dieser Politik nicht so viel erwartet und die Wahlkämpfe nicht mehr so wichtig genommen werden. Das liegt aber auch daran: Alle Parteien scheinen einig zu sein, dass die Zustände zum Handeln rufen. Die Richtung, wie zu handeln ist, ist auch nicht so strittig. Die Stadtverwaltung hat ein neues Handlungskonzept für Wohnungsbauförderung vorgelegt, „sozialgerechte Bodennutzung“ soll gefördert werden, der Rat der Stadt wird das Konzept mit großer Wahrscheinlichkeit beschließen.

DIE LAGE

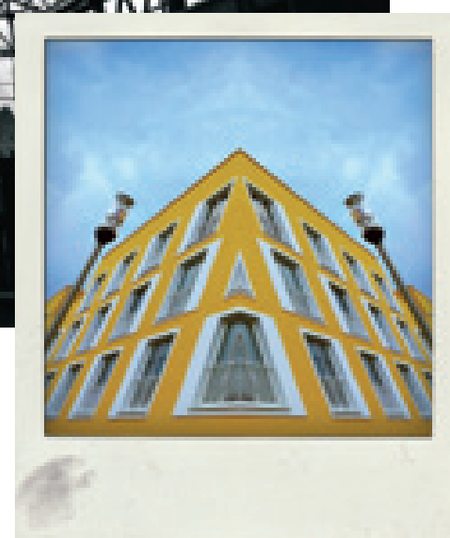
1.500 Wohnungen müssen jedes Jahr bis 2020 dazukommen, so sagt der Wohnungsmarktbericht 2013 von vdp Research. Die Einwohnerzahl steigt bis dahin auf 310.000, wie das statistische Landesamt zuletzt schätzte. (http://www.vdp-research.de/2013/10/wohnungsmarktbericht-munster/)

Nicht nur die Zahl der Einwohner steigt, es sinkt zudem die Zahl der Personen pro Haushalt, damit entsteht weiterer Wohnungsbedarf.

Die größte Lücke tut sich bei Mehrfamilienhäusern auf, so der vdp-Wohnungsmarktbericht. Hier beträgt der Neubaubedarf jährlich etwa 1.100 Wohnungen; tatsächlich gebaut wurden in den letzten Jahren weniger als drei Viertel davon. Der Leerstand bei Mietwohnungen ist praktisch auf Null gesunken, er beträgt 1,8 %, das sind in zehn Jahren zwei Monate ohne Mieteinnahmen. In dieser Zeit wird umgebaut, renoviert oder so. In den Wohnungsgesellschaften geht heute eine freiwerdende Wohnung ohne Wartezeit wieder weg. Die Wohn- und Stadtbau beispielsweise hat eine Warteliste von 4.000 Wohnungssuchenden. Wenn kein Angebot da ist, dann geht das in die Preise.

Laut dem vdp-Bericht umfasste der Ersatz von alten Wohnungen zuletzt jährlich etwa 200 Wohnungen, die abgerissen oder umgewandelt werden. In einer Stadt mit 100.000 Wohnungen müssten die Wohnungen 500 Jahre halten, um mit dem Bau von 200 Wohnungen pro Jahr den Bestand nur konstant zu halten (Münster hat jetzt knapp 150.000 Wohnungen). Oder umgekehrt: Für Münster müssen jährlich mindestens 1.000 Wohnungen im Jahr ersetzt werden, damit der Standard einigermaßen stimmt. Ein Drittel der Wohnungen ist nach dem Krieg bis in die 70er Jahre mit niedrigerer Qualität gebaut worden. Von schlechter Isolation, feuchten Wänden und Schimmel können manche Mieter ein Lied singen. Vermieten lässt sich heute aber jede Qualität, und das zu steigenden Preisen.

Der Kapitalmarkt treibt die Preise. Der Ausverkauf der WGM/GWN/LEG an Investmentfonds (Whitehall, Babcock) vor 9 bzw. 8 Jahren hat den Mietern neben verschlechterten Mietbedingungen ordentliche Mieterhöhungen gebracht. Das war kein Einzelfall, das ist jetzt Trend. Wohnungen in Münster sind Gegenstand von Kapitalmarktgeschäften. 2012 ging jede zweite verkaufte Eigentumswohnung Münsters an Anleger von außerhalb, berichtet vdp Research.



Kein Platz für Spekulanten – Osmo-Hallen erhalten.

UND DIE WOHNUNGSPOLITIK?

In den „Nuller"-Jahren hatte sich eine Marktgläubigkeit in weiten Politik-Bereichen und Verwaltungsspitzen breitgemacht, die man heute nur noch als unglaublich bezeichnen kann. Die internationalen Kapitalinteressen (Babcock) am Münsterschen Wohnungsmarkt wurden regelrecht begrüßt. Ausdrücklich findet sich diese Orientierung wieder in einem Bericht der Stadtplanung aus dem Jahr 2009 „Kommunale Wohnungspolitik in Münster – ein Politikfeld in stetem Wandel." Da heißt es: "... Grundlage ist die Erkenntnis, dass die Stadt zwar nicht direkt ins Marktgeschehen eingreifen kann, aber durchaus Chancen hat, Marktakteure zu stimulieren, bei ihren betriebswirtschaftlich determinierten Entscheidungen die positiven Rückwirkungen einer prosperierenden Stadtentwicklung einzubeziehen – nach dem Motto „wenn die Stadt weiterhin attraktiv bleibt und prosperiert, dann lassen sich auch in der Wohnungswirtschaft gute Geschäfte machen...." Oder kurz gesagt, die Stadt stellt Grundstücke zur Verfügung und ermutigt die „Investoren". Die würden die Gesamtinteressen der Stadt schon im Auge behalten und umsetzen.

Das haben sie nicht getan. 2014 ist das Vermieterverhalten von LEG und Babcock auch in Münster bekannt. 2014 ist deutlich, dass kaum Mehrfamilienhäuser gebaut worden sind, insbesondere nicht als Sozialwohnungen. Die Preise steigen entsprechend: 2014 sind Neuvermietungen in Münster laut Mieterbund ein Drittel teurer als vergleichbare Mieten der alten Nachbarn im den gleichen Häusern. Mit den Folgen: Kein Geld – keine Wohnung. Und auch: Die Stadt Münster bezahlt überhöhte Mieten über Sozialleistungen.

2014 haben Münsters Politiker mehrheitlich begriffen: Raushalten aus dem Markttreiben hilft nicht mehr. Da ist etwas zu tun. Das muss für manche Politiker von gestern noch verbrämt werden mit schönen Sprüchen wie: „Münster wird vom eigenen Erfolg überholt." „Münster ist Nr.1 bei Immobilienwertsteigerungen." So viele Menschen wollten nach Münster ziehen, und so viele Millionen Euro wollten in Münsters Immobilien angelegt werden. Da stiegen die Preise eben. Dass der Markt bei der Wohnraumversorgung versagt, das wollen manche von ihnen nicht so sagen. In ihrem Sinne hat der Markt geklappt. Vom Sozialauftrag der Politik wollen die Investoren und auch die bürgerliche Presse nicht sprechen.

von Arnold Voskamp

RADFAHREN: HÖCHSTE ZEIT ZUM HANDELN!

Fünf Prozent der Münsteraner fordern, dass mehr gegen Radfahrer gemacht werden soll. Die „Gegen Radfahrer Partei“, kurz GRP will dieser Minderheit eine Stimme geben. Wir denken, dass das Potential dieser Partei sogar sehr viel größer ist. Viele trauen sich nicht etwas gegen Radfahrer zu sagen, es ist „politisch nicht korrekt“. Dieses Tabu wollen wir durchbrechen. Ein möglicher Vorwurf, wir seien die „Pro Auto Partei“ (PAP) im neuen Kostüm, ist haltlos. Wir gehen auch zu Fuß und sind vom Radfahren betroffen.

Fahrräder sind Waffen. Mit ihren messerscharfen Reifen, mit ihrer todbringenden Geschwindigkeit, mit breit ausgestellten Lenkern bringen Radfahrer Gefahren in unsere Stadt. 560 000 Fahrräder halten einheimische Radfahrer, teilweise offen zur Schau gestellt, teilweise in heimlichen Verschlägen. Viele sind technisch hochgerüstet. Sie fahren schneller, als sie im Verkehr kontrolliert werden können. Räder werden unkontrolliert weitergegeben, es gibt große Beschaffungskriminalität. Alle Radfahrer und ihre Räder müssen registriert werden.

Radfahrer nutzten nicht der Wirtschaft – außer der Schattenwirtschaft von Fahrrad-Dealern. Hat man die Wirtschaft schon mal auf dem Fahrrad unterwegs gesehen?

Fahrräder verdrängen andere Teilnehmer am Straßenverkehr. Sie genießen unberechtigte Vorteile. Sie fahren an vor Ampeln wartenden Autos vorbei. Sie fahren falschrum durch Einbahnstraßen – oft mit ausdrücklicher Erlaubnis. Auf der Promenade umrunden sie die Innenstadt mit maximal drei (3!) Ampeln – davon dürfen andere nur träumen. In einer beispiellosen Klientelpolitik erhalten Radfahrer eigene Spuren auf den Straßen – was sonst nur kommunistische Diktaturen für ihre Parteibonzen in Weißrussland, Nordkorea oder Peking durchsetzen.

Was steckt hinter einer solchen Politik? Wir fordern Freigabe der Einbahnstraßen und der Promenade für alle, auch für Autofahrer. Die roten Fahrspuren für Radler sollen umgewandelt werden in Parkstreifen, so nutzen sie der gesamten Bevölkerung und insbesondere der örtlichen Wirtschaft, siehe oben.

Radfahrer bedrängen Fußgänger. Sie parken an allen möglichen Stellen, fahren auf dem Bürgersteig oder in der Fußgängerzone. Das gehört empfindlich bestraft. Wiederholungstäter sollten abgeschoben werden in Länder, wo ihnen das Radfahren schon ausgetrieben wird. Aber nicht in die Schweiz, wo sie schon ihr Geld vor der Steuer versteckt haben, sondern in den Kaukasus.

Kunstwerk © Ewa Budny, fotografiert auf dem Rundgang Kunstakademie Münster

Am 25. Mai finden auch Europawahlen statt. Anlass für uns, ein Interview mit Alexis Tsipras, dem Vorsitzenden der griechischen Partei Syriza im und mit Nachdruck zu veröffentlichen.

GRIECHENLAND WAR EIN VERSUCHSKANINCHEN

INTERVIEW MIT ALEXIS TSIPRAS

Frage: Die Regierung von Antonis Samaras sieht nun erstmals Licht am Ende des Tunnels. Was sehen Sie?

Alexis Tsipras: Die Regierung ist optimistisch, aber niemand glaubt ihr mehr. Weder in Griechenland noch in Europa. Das Bild ist düster. Die Ergebnisse der Sparpolitik, die Griechenland aufgezwungen wurde, sind niederschmetternd. Wir haben eine Arbeitslosigkeit von fast 30 Prozent, große Armut, eine humanitäre Krise. Wir sind im sechsten Jahr der Rezession. Darauf kann niemand stolz sein.

Der Finanzminister freut sich aber schon über einen kräftigen Etat-Überschuss für 2013 von 1,5 Milliarden Euro, freilich ohne Kreditzinsen. Ist das kein Erfolg?

Nach unseren Berechnungen ist das ein rein rechnerischer Überschuss, weil die Regierung gleichzeitig offene Rechnungen von mehr als 1,2 Milliarden Euro hat. Wenn die EU die Zahlen akzeptiert, ist das eine politische Entscheidung. Das ist ein Versuch, Samaras zu helfen. Selbst wenn es sich um einen realen Überschuss handeln sollte, dann ist dieser nur ein Barometer der Schmerzen der griechischen Bevölkerung. Dieser Überschuss beruht auf unfassbaren Kürzungen der Löhne, der Renten, auf mehr als 60 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Wenn wir morgen früh beschließen würden, alle Rentner auf dem Syntagma-Platz zu erschießen oder zwei Millionen Griechen aus dem Land zu werfen, hätten wir auch einen Haushaltsüberschuss.

In dieser düsteren Lage sehnen Sie sich nach der Regierungsverantwortung?

Wir wollen regieren, gerade weil die Bedingungen so schwierig sind. Damit die Dinge sich ändern. Dies hat nichts mit persönlichem Ehrgeiz oder irgendwelchen Posten zu tun. Wir wollen, dass diese griechische Tragödie ein Ende findet.

Aber was können Sie ändern, was die gegenwärtige Regierung nicht kann?

Wir haben eine vollkommen andere Philosophie als Herr Samaras und auch als Frau Merkel. Wir haben von Anfang an geglaubt, dass die Sparprogramme nicht Wasser ins Feuer gießen, sondern Öl. Wir hatten recht. Als 2010 das erste

Memorandum verabschiedet wurde, betrug die öffentliche Verschuldung Griechenlands 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bis heute ist sie auf 175 Prozent gestiegen. Das ist doch absurd. Wir sollten sparen, damit wir keine neuen Kredite brauchen. Aber die Sparprogramme haben den Bedarf nach neuen Krediten erst erzeugt. Griechenland war ein Versuchskaninchen. Mit dieser Schockdoktrin wollte man prüfen, wieviel ein Volk erträgt. Solange Samaras in der Opposition war, hat auch er die Sparprogramme abgelehnt. Erst kurz vor den Wahlen 2012 hat er eine Drehung um 180 Grad gemacht, um der Premierminister zu werden, den Frau Merkel unterstützt.

Wenn Sie das Sparprogramm nicht weiterführen, ja Teile davon zurücknehmen wollen, brauchen Sie auch viel Geld. Wo wollen Sie das finden?

Griechenland ist Teil eines größeren Problems. Weil die Krise europäisch ist, muss auch die Lösung europäisch sein. Wir müssen eine Lösung finden, die nicht die Haushalte anderer EU-Staaten belastet. Sie sollte auf drei Säulen ruhen. Erstens: ein Ende der Sparprogramme. Zweitens: eine europäische Schuldenkonferenz, ähnlich der von 1953 in London. Da ging es um die Staatsschulden Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. 60 Prozent davon wurden erlassen. Drittens und am wichtigsten: ein europäischer New Deal, eine Vereinbarung über die Finanzierung von Wachstum und Beschäftigung, vor allem im europäischen Süden. Ohne wirtschaftlichen Aufschwung ist es unmöglich, aus der Krise zu kommen. Dieses europäische Paket wird sehr viel weniger kosten als neue Rettungspakete für Griechenland, die immer wieder im selben faulen Kreis enden.

Und was machen Sie, wenn Deutschland einen solchen Schuldenschnitt für Südeuropa nicht akzeptiert?

Die Geschichte des europäischen Einigungsprozesses lehrt uns, dass Integrationsschritte immer über Dialog und kollektive Entscheidungsprozesse erreicht wurden. Dabei hat letztlich die Vernunft dominiert. Deutschland profitiert vom Euro ganz besonders. Deshalb gibt es in Berlin jetzt schon einen Plan B für den Fall, dass wir an die Regierung kommen. Es wird Verhandlungen über einen Schuldenschnitt geben, da bin ich mir ganz sicher. Und wir werden in harten Verhandlungen zu einer Lösung kommen, die von Bestand und zu großen Teilen gerecht sein wird. Denn Griechenland wird seine Schulden sonst nie begleichen können, so viel Wachstum kann es gar nicht geben.

Sie haben die deutsche Kanzlerin oft und heftig kritisiert, wie wollen Sie da auf einmal ihre Sympathie gewinnen?

In der Politik entscheiden nicht Sympathie und Solidarität, sondern das politische Kräfteverhältnis. Frau Merkel ist eine

> *"In der Politik ist es manchmal wie in der Grammatik: Ein Fehler, den alle begehen, wird schließlich als Regel anerkannt."*
> **André Malraux**

pragmatische Politikerin, die nicht riskieren wird, dass ihr Name in der Geschichte mit der Zerrüttung der Euro-Zone verbunden wird, nur damit sie ihre Härte gegenüber einer Syriza-Regierung beweist.

Auch in Griechenland schlägt Ihnen Misstrauen entgegen. Wie wollen Sie verhindern, dass bei einem Syriza-Sieg viele Griechen ihr Geld von den Banken holen?

Das ist etwas, was uns besonders beschäftigt. Wir sind die Letzten, die wollen, dass Angst und Panik siegen. Was uns mehr Sorgen macht als unsere europäischen Partner ist die politische Elite in Griechenland. Das Establishment, das das Land seit mehr als 20 Jahren regiert. Die Oligarchie des Reichtums und der Korruption. Die könnte sich entscheiden, im Fall eines Syriza - Sieges verbrannte Erde zu hinterlassen. Wir suchen auch nach Möglichkeiten, dies zu verhindern. Am meisten helfen wird uns dabei, die Stimmen des größten Teils der Bevölkerung hinter uns zu haben.

Soll Griechenland unbedingt in der Euro-Zone bleiben?

Was heißt unbedingt? Wenn das bedeutet, dass Kinder hungern, dass die Arbeitslosigkeit auf 80 Prozent steigt? Sollen wir dann immer noch sagen, wir bleiben in der Euro-Zone? Die Euro-Zone ist ein wichtiger Teil des europäischen Einigungsprozesses. Aber ob sie Bestand haben wird, das entscheiden die Starken in Europa. Das entscheidet Deutschland. Deshalb wird Frau Merkel Opfer bringen und Dinge zulassen, die sie jetzt noch ablehnt.

Wie wollen Sie das Wachstum in Griechenland ankurbeln, wo ist der Platz Griechenlands in Europas Wirtschaft?

Das ist wohl die wichtigste Frage, und eine ehrliche Diskussion darüber hat noch nicht begonnen. Ein Land, das nur auf Tourismus oder Dienstleistungen setzt, hat keine Zukunft. Griechenland braucht einen grundlegenden wirtschaftlichen Wiederaufbau. Wir haben eine gesegnete geografische Lage. Es gibt Sonne, Wasser und Wind. Wir müssen in regenerative Energien investieren. Das ist bisher nicht ausreichend geschehen. Griechenland hat hochwertige landwirtschaftliche Produkte und menschliche Ressourcen, die zu wenig genutzt werden. Es galt immer als Manko, dass unser Akademikeranteil extrem hoch ist. Statt diese Wissenschaftler ins Ausland zu schicken, müssen wir selbst in Forschung investieren.

Wann wird in Griechenland ein neues Parlament gewählt?

Das ist schwierig zu sagen. Aber bei der Europa- und der Kommunalwahl im Mai werden sich die wirklichen Kräfteverhältnisse zeigen. Wir rechnen mit einer überwältigenden Mehrheit. Das wird der Funke für den großen politischen Wandel sein. Die Regierung steht seit eineinhalb Jahren nur noch auf den Beinen, weil eine korrupte und mit Unternehmerinteressen verwobene Medienlandschaft in Griechenland das Schwarze weiß und die Nacht zum Tag macht. Selbst wenn es die Regierung daher schafft, auch nach einer verheerenden Niederlage im Mai noch eine Zeit lang weiterzumachen, ist ihr Ende eingeläutet. Im Frühjahr 2015 muss ein neuer Staatspräsident gewählt werden. Wir werden keinen Kandidaten unterstützen. So wird die notwendige parlamentarische Mehrheit für einen Präsidenten fehlen. Dann spätestens muss es Neuwahlen geben.

Sie werden auch einen Koalitionspartner brauchen. Sie haben schon ausgeschlossen, mit der ND zu regieren, warum?

Auf welcher Basis sollten wir zusammenarbeiten? Mit Samaras, der vor den bisher letzten Wahlen gegen das war, was er dann umgesetzt hat? Mit einem Sünder, der genug Buße getan hat? Wir gehen von einer großen Mehrheit für Syriza aus, vielleicht erreichen wir sogar die absolute Mehrheit. Aber wir sind nicht gegen Zusammenarbeit, wir suchen Partner, die das Land nicht zerstört haben. Das ist wie in der griechischen Tragödie, es muss auch die Nemesis geben, den gerechten Zorn.

Sie sind auch Spitzenkandidat der europäischen Linken für die Europawahl. Das wird ihnen kaum nutzen. In Griechenland ist die Europa-Skepsis groß.

Die Skepsis richtet sich nicht gegen den europäischen Einigungsgedanken, sondern gegen den miserablen Zustand der EU. Es ist ein konstruktiver Skeptizismus. Unsere Kritik hat nichts mit der Rhetorik der Rechtspopulisten zu tun. Die wollen den europäischen Zusammenhalt vernichten. Wir wollen ihn wiederbeleben, ihn retten. In einer globalisierten Wirtschaft kann die Rückkehr in eine nationale Trutzburg kein Traum sein. Wir wollen nicht, dass sich die Völker wieder mit nationalen Währungen und deren Abwertung Konkurrenz machen. Unsere Vision ist ein verändertes Europa, ohne Austeritätspolitik. Wenn Europa sich nicht verändert, werden die Dinge sehr schlimm für uns alle werden.

Wir danken der „Süddeutschen Zeitung" für die Genehmigung des Nachdrucks (Die Fragen stellte Christiane Schlötzer). Das Interview erschien in der „SZ" am 15.2.2014.

AKTUELLLES KURS-ANGEBOT VON Arbeitslose brauchen Medien e. V.

dazu lernen – miteinander reden – mitmachen – zuhören – einbringen – weiterbilden

Für Arbeitslose und von Armut betroffene Menschen bietet der AbM e.V. (Arbeitslose brauchen Medien e.V.) Kurse an. Kostenlos natürlich! Wer z. B. Hilfe bei Bewerbungen sucht oder wer seine PC-Kenntnisse erweitern möchte oder wer sich selbstständig machen möchte, findet hier eine Anlaufstelle. Auch wer sich für Themen wie z.B. gesunde Ernährung, die spanische Sprache, gewaltfreie Kommunikation oder für das Pilgern interessiert, kann im abwechslungsreichen Kursprogramm fündig werden. Interessierte sind eingeladen, an einer oder mehreren Kursstunden probeweise teilzunehmen.

Hilfestellung bei Bewerbungen, Stellensuche und mehr

PC-Schulung	(montags 18 – 19:30 Uhr im MALTA)
Bewerbungsoptimierung – Forum 50+	(mittwochs 9:15 – 12 Uhr im MALTA /FOYER)
Wege in die Selbstständigkeit	(freitags 9 – 10:30 Uhr im MALTA, Anmeldung!)
Kein Stillstand ohne Stelle	(24.5.-25.5. beim AbM)

Weitere Kurse:

Gewaltfreie Kommunikation	(mittwochs 14 – 15:30 Uhr im MALTA, Anmeldung!)
Non-violent-communication	(dienstags 19 – 20:30 Uhr beim AbM, Anmeldung!)
Schreibwerkstatt - Schreiben kann jeder	(mittwochs 10 – 12 Uhr beim AbM)
Redaktionelles Arbeiten im Online-Bereich	(dienstags 12:30 – 14 Uhr beim AbM)
Wie arbeite ich redaktionell?	(dienstags 16 – 17:30 Uhr beim AbM)
Computerwelten 50+	(mittwochs 12 – 14 Uhr beim AbM)
Schreibmaschinenwerkstatt	(montags 16 – 17:30 Uhr beim AbM)
Stimmbildung	(mittwochs 17:30 – 19:30 Uhr im MALTA)
Die Lehre vom Pilgern	(14.6.–15.6. im MALTA)
Gesunde Ernährung	(17.5.–18.5. im MALTA)
Foto-Kurs	(mittwochs 15 – 16:30 Uhr beim AbM)
Niederländisch-Kurs	(donnerstags 16 – 17:30 Uhr im MALTA)
Französisch-Kurs	donnerstags 18 – 19:30 Uhr im MALTA)
Spanisch-Kurs	(freitags 18 – 19:30 Uhr im MALTA)
Politische Bildung für Arbeitslose	(14.5. im MALTA)

Nur für Frauen (Veranstaltungsort: Autonome Frauen)

Kulturelle Bildung: Die Rolle der Frau in der Arbeitswelt historisch betrachtet	(dienstags 17 – 18:30 Uhr, Anmeldung!)
Kulturelle Bildung: Von der süssen Lust des Lernens und Wissens	(freitags 17 – 18:30 Uhr, Anmeldung!)

Nur für Männer

Stimmbildung für Männer	(dienstags 18:30 – 20:30 Uhr im MALTA)
Gewaltfreie Kommunikation für Männer	(montags 17 – 18:30 Uhr beim AbM, Anmeldung!)

Für Migranten/tinnen

Deutsch-Kurs	(freitags 16 – 17:30 Uhr im MALTA)

Weitere Informationen im MALTA, Achtermannstr. 10 oder telefonisch unter 0251-511121

DER PARITÄTISCHE
UNSER SPITZENVERBAND

Die Kurse werden durch die Paritätische Akademie NRW gefördert.

Veranstaltungsorte sind:
MALTA (Münsters Arbeitslosentreff Achtermannstr. 10)
AbM (Arbeitslose brauchen Medien e.V.) Berliner Platz 8
Autonome Frauen Berliner Platz 29.

DEUTSCH ALS FREMDSPRACHE

"Mit jeder Sprache, die du erlernst, befreist du einen bis daher in dir gebundenen Geist."
Friedrich Rückert (1788-1866)

1. KURSE OHNE ZERTIFIKAT

Diese Sprachkurse – überwiegend auf Basis-Niveau – sind eingebunden in den Stadtteil oder in das örtliche soziale Netz und richten sich nicht selten an Mütter mit Kindern. Oft handelt es sich hierbei um einmalige/nicht wiederkehrende Angebote; wir empfehlen Ihnen deshalb, sich zunächst beim Anbieter telefonisch zu informieren. Die Sprachkurse sind meist kostenlos oder sehr kostengünstig.

ANBIETER NACH STADTTEILEN MIT ADRESSE DES KURSORTES UND MIT TEL.- NR. FÜR ANMELDUNGEN:

• **SÜDVIERTEL:**
SÜDVIERTELBÜRO: BEWOHNERTREFF DAHLWEG 73, TEL. 272740;
CARITAS MÜNSTER: BEWOHNERTREFF DAHLWEG 73, TEL. 871040;
AKI E.V.: PARITÄTISCHES ZENTRUM, DAHLWEG 112, TEL. 297351;
• **BERG FIDEL:**
GGUA FLÜCHTLINGSHILFE: LORENZ - SÜD, AM BERG FIDEL 53, TEL. 14486-22;
GGUA FLÜCHTLINGSHILFE: KITA AWO, TRAUTTMANSDORFFSTR. 73, TEL. 14486-22;
HAUS DER FAMILIE: KITA AWO, TRAUTTMANSDORFFSTR. 73, 78 46 47;
FÖRDERVEREIN „ALTE POST – BERG FIDEL E. V.": ST. MAXIMILIAN KOLBE HAUS, RINCKLAKEWEG 32, TEL. 7636808 ODER 785901;
• **HILTRUP:**
ANNA-KRÜCKMANN-HAUS: BEGEGNUNGSZENTRUM 37 GRAD, RILKEWEG 41, TEL. 39290815;
• **ANGELMODDE/OSTHUESHEIDE:**
HAUS DER FAMILIE: KINDERGARTEN ST. BERNHARD, CLEMENS AUGUST PLATZ 8, TEL. 61 95 55;
CARITAS MÜNSTER: TREFFPUNKT WALDSIEDLUNG, BONNENKAMP 73, TEL. 625837;
CARITAS MÜNSTER: FAMILIENZENTRUM KITA MIRIAM, BONNENKAMP 71, TEL. 615126;
• **AASEEVIERTEL:**
GEMEINDEZENTRUM DER JAKOBUSKIRCHE, VON OSSIETZKY-STR. 16, TEL. 52 16 19;
• **GIEVENBECK:**
HAUS DER FAMILIE: KITA AM GIEVENBACH, TOPPHEIDEWEG 21, TEL. 86 97 76;
HAUS DER FAMILIE: LA VIE, DIECKMANNSTR. 127, TEL. 41 8 66 -34;
• **ROXEL:**
EVANGELISCHE FAMILIENBILDUNGSSTÄTTE: ANNE-JAKOBI-HAUS, SEIHOF, TEL. 4816783;

SPRACHKURSE IN DEUTSCH

"Einige deutsche Wörter sind so lang, dass sie eine Perspektive haben."
Mark Twain (1835-1920)

• **KINDERHAUS:**
HAUS DER FAMILIE: KITA BRÜNINGHEIDE, JOSEF-BECKMANNSTR. 5, TEL. 21 34 32;
HAUS DER FAMILIE: FAMILIENZENTRUM KILLINGSTR., KILLINGSTR. 44, TEL. 21 34 33;
HAUS DER FAMILIE: ARBEITSLOSENINITIATIVE KAI E.V., JOSEF-BECKMANNSTR. 5, TEL. 26 36 89;
BEGEGNUNGSZENTRUM SPRICKMANNPLATZ E.V., SPRICKMANNPLATZ 7, TEL. 216958;
BILDUNGSINSTITUT MÜNSTER: ATRIUM KULTURZENTRUM, SPRICKMANNPLATZ 1, TEL. 8995-3229;
• **COERDE:**
GGUA FLÜCHTLINGSHILFE: DRK, HAMANNPLATZ 38, TEL. 14486-22;
ANNA-KRÜCKMANN-HAUS: AWO - STADTTEILBÜRO COERDE, NERZWEG 9, TEL. 39290813;
HAUS DER FAMILIE: KINDERGARTEN ST. NORBERT, SCHNEIDEMÜHLERSTR. 27, TEL. 24 97 19;
HAUS DER FAMILIE: KITA AM EDELBACH, COERDESTIEGE 15, TEL. 24 60 11;
EV. KIRCHENKREIS: EV. ANDREAS-KINDERGARTEN, BRESLAUER STRASSE 154, TEL. 247077;
• **WOLBECK:**
HAUS DER FAMILIE: KITA AM DROSTENHOF, MARKTSTR. 9, TEL. 02506/455
BAHNHOF: ARBEITSLOSE BRAUCHEN MEDIEN E.V.: ARBEITSLOSENTREFF MALTA, ACHTERMANNSTR.10, TEL. 511121;
• **OSTVIERTEL:**
EV. FAMILIENBILDUNGSSTÄTTE: KITA ST. MARGARETA, PETER-ROSEGGER-WEG 57, TEL. 48167811;

2.DEUTSCHKURSE FÜR DEN BERUFLICHEN EINSTIEG/WIEDEREINSTIEG

Für BezieherInnen von Alg I, Alg II, Asylbewerberleistungen (mit Zugangsberechtigung zum Arbeitsmarkt) und andere arbeitsuchend gemeldete Personen werden berufsbezogener Sprach- und Fachunterricht sowie in der Regel Betriebspraktika angeboten. Der Zugang ist über die örtlichen Arbeitsämter (Arbeitsagentur und Jobcenter) möglich. Unterricht findet auf den Niveaustufen A1 bis C1 statt. Die Kurse werden vom Europäischen Sozialfonds gefördert und sind für die Teilnehmenden kostenlos.

ALLEINIGER ANBIETER IN MÜNSTER:
• **BIMS,** ANTON-BRUCHH

3. INTEGRATIONSKURSE – GEFÖRDERT VOM BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

Integrationskurse gibt es für neueingewanderte AusländerInnen mit einer bestimmten Aufenthaltserlaubnis (z.B. Erwerbszwecke, Familiennachzug, humanitäre Gründe), wenn sie sich dauerhaft in Deutschland aufhalten und für SpätaussiedlerInnen. Wer schon länger hier lebt, kann teilnehmen, wenn Plätze frei sind. (Zukünftig sollen auch Personen mit einer Aufenthaltsgestattung oder einer Duldung zugelassen werden.) Der Integrationskurs umfasst insgesamt 660 Unterrichtsstunden (600 Stunden Sprachkurs – 60 Stunden Orientierungskurs). Die Kosten betragen z.Z. 1,20 € pro Unterrichtsstunde. Teilnehmer, die Alg II, Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) oder Asylbewerberleistungen erhalten, können sich auf Antrag vom Kostenbeitrag befreien lassen.

ANBIETER SIND:

- **DEUTSCHE SPRACHENAKADEMIE,** BAHNHOFSTRASSE 3, 48143 MÜNSTER, TEL.: 0251 / 270768-0
- **WERKSTATT FÜR BILDUNG UND KULTUR,** SERVATIIPLATZ 9, 48151 MÜNSTER, TEL.: 0251 / 98119720
- **WIP-DAF (WISSENSCHAFTLICHE INTERNATIONALE PARTNERSCHAFTEN) AM SPRACHZENTRUM DER UNI MÜNSTER,** ROBERT-KOCH-STR. 29, 48149 MÜNSTER, TEL.: 0251 / 83 - 3 29 00

4. ALLGEMEINE SPRACHKURSE MIT ZERTIFIKAT

Diese Sprachkurse mit einem Zertifikatsabschluß (Europäische Sprachenzertifikate: TELC - The European Language Certificates) orientieren sich am „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen“ (GER). Es gibt sechs Niveaustufen: „elementar“ A1 und A2, „selbstständig“ B1 und B2 sowie „kompetent“ C1 und C2. Für die Einwanderung braucht man Fähigkeiten mindestens der Stufe A1, für die deutsche Staatsbürgerschaft B1, höhere Stufen für Berufsausbildung und Studium. Für zertifizierte Sprachkurse sind festgesetzte Gebühren zu zahlen.

DIE SPRACHKURSE WERDEN ANGEBOTEN VON:

- **VOLKSHOCHSCHULE MÜNSTER (VHS),** AEGIDIIMARKT 3, 48143 MÜNSTER, TEL.: 0251/492-4325
- **SPRACHENZENTRUM DER UNI MÜNSTER,** HÜFFERSTR. 27, 48149 MÜNSTER, TEL.: 0251 / 8332108
- **WIPDAF,** ROBERT-KOCH-STR. 29, 48149 MÜNSTER, TEL.: 0251 / 83 - 3 29 00
- **SPRACHENZENTRUM DER FACHHOCHSCHULE MÜNSTER,** BISPINGHOF 2 B, 48143 MÜNSTER; TEL.: 0251 / 9-62516
- **DEUTSCHE SPRACHENAKADEMIE,** BAHNHOFSTRASSE 3, 48143 MÜNSTER, TEL.: 0251 / 270768-0
- **SPRACHSCHULE KAPITO, SERVATIIPLATZ** 9, 48143 MÜNSTER, TEL.: 0251 - 98 11 97 0
- **INLINGUA SPRACHSCHULE,** BAHNHOFSTRASSE 12, 48143 MÜNSTER, TELEFON: 0251 / 47 0 47
- **BERLITZ SPRACHSCHULE MÜNSTER,** LUDGERISTRASSE 7/8, 48143 MÜNSTER, TEL.: 0251 / 133 227 0
- **LERNSTUDIO BARBAROSSA,** LUDGERISTR. 65, 48153 MÜNSTER, TEL.: 0251/ 7779203

5. DEUTSCHKURSE FÜRS STUDIUM– AKADEMISCH ORIENTIERTES SPRACHANGEBOT

Wenn Sie als AusländerIn in Deutschland studieren wollen, müssen Sie vorher eine der folgenden deutschen Sprachprüfungen bestehen. Das kann sein:

DAS KANN SEIN:

- **DIE „DEUTSCHE SPRACHPRÜFUNG FÜR DEN HOCHSCHULZUGANG“ (DSH)** LEGEN AUSLÄNDISCHE STUDENTEN VOR IHREM FACHSTUDIUM AN EINER HOCHSCHULE AB, IN MÜNSTER AM SPRACHENZENTRUM DER UNIVERSITÄT. ALS VORBEREITUNG AUF DIE „DSH“ KÖNNEN SIE Z.B. FÜNFMONATIGE INTENSIVKURSE BESUCHEN. DIE DEUTSCHKURSE AM SPRACHENZENTRUM SIND BISLANG NOCH KOSTENLOS (ÄNDERUNGEN WAHRSCHEINLICH AB WS 2014/15).
- **DIE „TESTDAF-PRÜFUNG“** („TEST DEUTSCH ALS FREMDSPRACHE“) NIMMT IN MÜNSTER DIE SPRACHSCHULE KAPITO AB.
- **DAS „GOETHE C2“-ZERTIFIKAT** KÖNNEN SIE AN GOETHE-INSTITUTEN IM IN- UND AUSLAND SOWIE AN WEITEREN EINRICHTUNGEN ERWERBEN, IN MÜNSTER AN DER VOLKSHOCHSCHULE (VHS).
- **DAS „DSD“ („DEUTSCHES SPRACHDIPLOM“)** ERHALTEN SCHÜLER IM AUSLAND NACH MEHRJÄHRIGEM SCHULUNTERRICHT IN DEUTSCHER SPRACHE.

DER UNTERBEZAHLTESTE BERUF DER WELT

Oh Glory – Janina Lemparty-Preng
Fotografiert auf dem Rundgang Kunstakademie Münster

von Donata Godlewska

Neulich stellte ein Sender eine schwere Frage und stellte einen mehrstelligen Gewinnbetrag in Aussicht, wenn man die richtige Antwort auf folgende Frage wüsste: Welches ist der unterbezahlteste Beruf der Welt?

Sehen wir uns erst einmal die Anforderungen und Kenntnisse an, welche die Ausübung des Berufes erfordert: Gute Grundkenntnisse in: Kochen und Backen genießbarer Speisen, Konservieren von Nahrungsmitteln, Ausbessern beschädigter Textilien und Schuhwerk, Ausüben von Krankenpflege, Beherrschen der Körperhygiene, umfangreiches Wissen über Gartenarbeit, Zimmerpflanzen, Pflege von Haustieren, Bedienen und Reparieren von Haushaltsgeräten, richtige Anwendung von Reinigungschemikalien, Herstellung und Zusammensetzung von Wohnungsmöbeln, Renovierung der Zimmer einer Wohnung und der Hausfassade, Kenntnisse im Abwaschen, Staubsaugen, Wischen, Bügeln und der Bedienung der Waschmaschine, bürokratische, buchhalterische und kaufmännische Sonderkenntnisse,

Fachwissen: Babypflege, Kindererziehung, Kindergarten- und Schulpädagogik, Pubertätspsychologie, aktuelles Wissen über Mode und Stars. Arbeitszeit: 24 Stunden am Tag, Stundenlohn: unbekannt! Wochenende, Urlaub, Krankheitsausfall: kein Anspruch! Krankenversicherung und andere Sozialversicherungen: selbsttragend! Rentenanspruch nach 40 Jahren: ca. 300 Euro.

Doch nach einer wissenschaftlichen Studie, bereits vor Jahren erschienen, sollte der Beruf schon damals mit monatlich 1.200 Euro entlohnt werden. Doch die meisten arbeiten ohne Gehalt!

Um was für einen Beruf handelt es sich hier?

City-Trödel & Pröddel
RAFFELLAND

MÜNSTERS NEUER FLOHMARKTLADEN

Viele schöne und praktische Sachen aus Auflösungen und Ankauf finden Sie bei uns. Schauen Sie rein und fühlen Sie sich wohl!

Wolbeckerstr. 42
48143 Mü ster
Tel.: 0251 6742172

holtabbesenrein@gmx.de

Öffnungszeiten
Dienstag - Freitag:
14:00 - 19:00 Uhr
Samstag
12:00 - 17:00 Uhr

ALSO, MIT DEN RÖMERN IST DAS SO EINE SACHE

Arminius, in der deutschen Nationalmythologie auch Hermann der Cherusker, war ein Anführer der Germanen, ursprünglich in Diensten der Römer, der diesen im Jahre 9 n. Chr. in der Varusschlacht eine verheerende Niederlage beibrachte. Biografische Daten sind rar – Arminius, ein dankbarer Gegenstand von Erzählungen also.

BUCHREZENSION – WERNER THIEL: DER SOMMER DES ARMINIUS

von Christoph Theligmann

Vor Jahren begeisterte mich eine unter Geschichtswissenschaftlern umstrittene Mutmaßung, die historisch eindeutig belegte Figur des Arminius beziehungsweise Hermann der Cherusker sei identisch mit Siegfried, der deutschesten aller Sagengestalten. Ohne hier auf diesen Expertenstreit einzugehen (siehe u.a. Wikipediaeintrag „Arminius“), war meine Bereitschaft geweckt, bei der sich bietenden Gelegenheit das Buch von Werner Thiel besprechen zu wollen. Neben dem historischen Interesse hat mit Sicherheit auch die geographische Nähe zum Ort der Varusschlacht eine Rolle gespielt, im heutigen Kalkriese bei Bramsche im Osnabrücker Land (www.kalkriese-varusschlacht.de).

Das 150 Seiten umfangreiche Buch ist in 40 Kapiteln aufgeteilt, eine Systematik, die ich immer wieder zu schätzen weiß, wenn auch ein kurzes Verweilen im Buch einen Abschluss findet. Doch zum Inhalt. Die spannende Frage lautet, was macht Arminius je nach Sicht zum Überläufer bzw. Verräter? Was sind seine Motive, die Seiten zu wechseln? Die Leistung des Autors besteht darin, gerade wegen der fehlenden Faktenkenntnis, hier eine plausible, tiefsinnige und ganz wichtig, eine unterhaltsame Geschichte zu erzählen.

Das Buch beginnt mit der römischen Niederschlagung des sogenannten pannonischen Aufstandes, der das Ansehen des Arminius steigert. Seine germanischen Hilfstruppen hatten einen entscheidenden Anteil bei der Niederwerfung geleistet. Zum römischen Statthalter Varus in das Gebiet der Cherusker geschickt, gerät Arminius in einen Loyalitätskonflikt und findet sich mitten im Streit von romfreundlich und romfeindlich gesinnten Einheimischen wieder. Seine Ambitionen einen Fürstentitel unter römischer Einflussnahme zu beerben, verschärft sein Dilemma. Das Buch lebt von den lebendigen Dialogen. Höhepunkt ist ein Gespräch im Kapitel „Der Entschluss des Arminius“, in dem er mit seinem fiktiven alter ego namens Gernot das Für und Wider sich gegen Rom zu

stellen diskutiert. Werner Thiel stellt seinen Helden als einen Mann der Mäßigung dar. Vom Berserker nationaler Propaganda bleibt da nicht viel übrig. Wissend, dass ein Aufstand gegen die römische Besatzung sinnlos ist, favorisiert Arminius eine Aktion, die wir heute als Partisanenattacke bezeichnen würden, mit dem Ziel von den Römern in anschließenden Verhandlungen nicht unabhängig aber autonom zu werden. Selbst in dem Gemetzel, welches sich zur Schlacht entwickelt, bietet er Varus, seinen verratenen ehemaligen Vorgesetzten einen Ausweg aus der radikalisierten Situation an, doch die Geschehnisse nehmen ihren historisch bekannten Verlauf.

Sehr gefallen hat mir das Ende der Erzählung. Nicht die Varusschlacht schließt diese Erzählung ab, nachdem Arminius mit den Worten, er müsse an die Folgen denken, von der Szenerie verschwindet und in den Nebel der Historie entweicht. In den Schlusskapiteln wird vielmehr der Rückzug versprengter römischer Truppen in feindfreies Hinterland erzählt. Dieses Ende habe ich als Fortgang gesicherter Geschichtsschreibung interpretiert, obwohl der Autor die dort handelnden Personen in reiner Fiktion auftreten lässt. Diese ironische Dialektik tut dem Buch gut.

2 FRAGEN, HERR THIEL

Wie arbeiten Sie bei der Erarbeitung ihrer Erzählungen?

Wenn ich schreibe, läuft bei mir im Kopf ein Film ab. Für mich ist ein Kapitel wie eine Szene in einer Seifenoper, sie muss Spaß auf die folgenden Szenen wecken. In jedem Kapitel versuche ich deshalb einen Spannungsbogen aufzubauen. Ein Vorbild war für mich u.a. die US-Fernsehserie „Fackeln im Sturm“. Filme leben von Handlungen und Bücher von Gesprochenem. Da ich aber beim Schreiben einen Film „sehe“, nehme ich Handlungen breiter in die Erzählungen auf, als ich dies aus Büchern kenne.

Was waren die Auslöser für Ihre schriftstellerische Tätigkeit?

Auch Frust stand am Anfang. 1803 wurde Greven an der Ems auf Befehl von Napoleon geteilt. 200 Jahre danach regte ich an, diese Teilung Grevens in 2003 mit einer Ausstellung wie in Rheine und Lingen geschehen zu begehen.

Nach der Ablehnung fiel mit zufällig eine Information zum Drehbuchwettbewerb 2003 in Münster in die Hände. Zunächst eine Drehbuchidee, machte ich daraus eine Erzählung und gab ihr den Titel „Grevener Grenzgänge“, was eine Portion Ausdauer oder westfälische Dickköpfigkeit brauchte. Dank der Mithilfe eines Bekannten wurde daraus ein richtiges Büchlein.

Anstöße für die weiteren sechs Erzählungen waren historische Ereignisse, besondere kriminalistische Ideen bzw. Tathergänge oder wissenschaftliche Überlegungen und auch Urlaubserlebnisse.

FALSCHE NACHRICHT IM UMLAUF

Fakten und Bluffen ist inzwischen Mode geworden. Überall lauern Arglistige, die uns reinlegen wollen. Seit einiger Zeit finden zum Beispiel wieder viele Bürger in ihrem Postkasten eine in giftiges Orange gehaltene Benachrichtigungskarte, die auf den ersten Blick aussieht, als käme sie von der Deutschen Post. Rechts oben steht ja auch das Logo mit dem allgemein bekannten Posthorn.

von Gerrit Hoekman

„Leider konnten wir sie persönlich nicht erreichen“, wird dem Adressaten mitgeteilt. Zweimal habe man den Kontakt gesucht. Nun habe der Kunde zehn Tage Zeit, eine kostenlose 0800-Line anzurufen. „Halten Sie Ihre persönliche Nachrichtennummer bereit“, so der Rat. „Es liegt eine wichtige Nachricht für Sie vor!“

Merkwürdig nur: Nirgendwo ist eine Abholstelle angegeben, bei der sich der Empfänger die Post direkt abholen kann, alles läuft zunächst übers Telefon. Das unterstreicht die Wichtigkeit der Sendung für die Adressaten noch. Offenbar handelt es sich um ein Schreiben, das in keiner Post-Filiale bereitgehalten werden darf. Beunruhigend auch der Hinweis: „Die vorliegende Nachricht kann nur vom Empfänger selbst oder seinem Bevollmächtigten mit besonderer Vollmacht entgegengenommen werden“.

Stutzig macht allerdings: Warum muss die Deutsche Post an sich selbst Porto bezahlen, wenn sie eine Benachrichtigung verschickt? Die Nachricht ist mit einem automatischen Stempel freigemacht, 45 Cent. Nachfrage in der zentralen Abholstelle der Deutschen Post in Münster. Die Angestellte am Schalter hat so eine Karte noch nie gesehen. Ratlos zuckt

sie die Schultern: „Ich bin jedenfalls für die Sendung nicht verantwortlich.“ Sie rät, die empfohlene Hotline des Kartenabsenders anzurufen.

Auch der Frau von der Post ist nicht aufgefallen, dass es sich um einen ziemlich gut gemachten Fake handelt, wie sich bei der Recherche bald herausstellt. In diversen Internetforen berichten Empfänger der ominösen Karten von ihren Erfahrungen. „Dies ist ein neuer Weg für Inkassodienste, an Kontaktdaten von Schuldnern zu kommen“, schreibt jemand. Wer sich bei der Hotline meldet, erhält zunächst keine genauere Auskunft. Man werde zurückgerufen. „Der Rückruf erfolgt innerhalb von Minuten mit unterdrückter Rufnummernanzeige“, berichtet ein Betroffener.

Mehrfach fällt in den Foren der Name „Debitor Inkasso“, ein Unternehmen aus Bad Schwartau, das davon lebt, für andere Schulden einzutreiben. „Zahlreiche Unternehmen sehen sich heute mehr und mehr säumigen Kunden gegenüber, die nur mit beträchtlichem Aufwand zur Zahlung zu bewegen sind“, bietet sich die Firma aus Schleswig-Holstein auf ihrer Homepage verzweifelten Gläubigern an. „Die allgemein sinkende Zahlungsmoral, zunehmende Privatinsolvenzen und eine immer härter werdende Wettbewerbssituation sind Herausforderungen, denen sich alle Unternehmen stellen müssen.“ Debitor Inkasso verspricht: „Mit unserer Hilfe können Sie sich wieder auf Ihr Kerngeschäft konzentrieren, bei sinkenden Kosten Ihren Zahlungseingang erhöhen und so Ihre Netto-Rendite deutlich verbessern.“ Schulden eintreiben als Gewinnmaximierung.

Der Inkasso-Branche eilt nicht der beste Ruf voraus, sie gilt als äußerst ruppig im Umgangston. Denn ihre Möglichkeiten Geld einzutreiben sind begrenzt, eigentlich dürfen sie nur Mahnen. Für alles andere ist der Gerichtsvollzieher zuständig. Inkasso-Büros dürfen weder die Wohnung betreten und schon gar nicht etwas pfänden. Deshalb versucht die Branche auch übers Telefon, Schuldner massiv unter Druck zu setzen. Vorausgesetzt, sie haben die Nummer des Säumigen. Viele Bürger halten aber ihre Nummer heute für die Allgemeinheit geheim und sind nicht im Telefonbuch zu finden.

Die einzige Chance an die Rufnummer zu kommen, ist der Trick mit der Benachrichtigungskarte und der Hotline. Ruft der Schuldner an, schnappt die Falle zu – am anderen Ende erscheint seine Rufnummer auf dem Display. Internetuser berichten von einem wahren Bombardement an Anrufen, das danach über sie hereingebrochen sei. Auch bei Schuldnern, die längst Privatinsolvenz angemeldet haben, lassen manche Inkasso-Büros nicht locker.

Bis jetzt glaubte ich ja, es liegt an mir; an mir und meiner Art und Weise. Anfang November bekam ich in einem Alten- und Krankenpflegedienst einen Minijob als mobile Hauswirtschafterin. Die Kollegen waren nett, das Arbeitsklima angenehm, und ich hatte Spaß an den

VON EINER, DIE AUSZOG, ARBEIT ZU SUCHEN

von Beate Hähn

Im Dezember hatte mein neuer Arbeitgeber zu einer Nikolausfeier eingeladen. Gutes Essen und Trinken für alle, ein friedliches und freundliches Beisammensein, nichts deutete auf eine Veränderung hin.

An einem Freitag im Dezember, ich glaube, es war sogar Freitag, der 13., erhielt ich von unserer Sachbearbeiterin einen Zettel mit Namen einiger Klienten. Dazu merkte sie an, dass sich die zu berechnenden Minuteneinheiten der Klienten von 60 Minuten auf 45 Minuten bzw. auf 40 Minuten verringert hätten. Auf meine spontane Nachfrage, was ich denn nun in meinen Stundenzettel einzutragen hätte, antwortete sie hastig, fast schon unsicher, dass ich mir darüber keine Sorgen machen sollte.

Dem ungeachtet beschäftigte mich diese Veränderung, und im Laufe des nächsten Morgens stolperte ich über die Lösung der neuen Minuteneinheiten. Ich rechnete nach und stellte fest, dass in 45 min die gleichen Arbeiten und Arbeitsleistungen erbracht werden mussten, die sonst in 60 Minuten abzuleisten waren.

Nicht jede Kröte, die einem angeboten wird, muss man schlucken.

Anhand dieser Tatsachen stellte ich mir die Frage, wie ich mich jetzt gegenüber den Klienten verhalten sollte. Denn ein paar Tage zuvor hatte mich Frau K. gebeten, zusätzlich ihre Küchenschränke abzuwaschen. Ich fragte mich, wie das in den Zeiten von 40 bzw. 45 Minuten und mit den noch zu erledigenden Arbeiten zu bewerkstelligen sei. Am nächsten Einsatztag wollte ich das mit der Sachbearbeiterin besprechen.

In diesem Gespräch wurde deutlich, dass die Klienten von dieser Kürzung noch gar nichts wussten. Ich informierte also Frau K. darüber, dass ich die Schränke putzen könnte, jedoch eine andere Arbeit dafür wegfallen müsste. Es überraschte mich nicht sonderlich, dass Frau K. nicht damit einverstanden war.

Meine Vorgesetzte wurde bei den vielen Fragen, die ich an sie stellte, hastig und antwortete nervös: „Das war schon lange fällig, wir hätten schon vor Monaten die Minuten reduzieren müssen." - „Wie jetzt? Verstehe ich nicht." - Ich traf eine Kollegin, die mich eingearbeitet hatte, und fragte sie, was sie von der Reduzierung der Minuten hielte: „Och, ich habe noch so viele Überstunden, das ist erst einmal nicht so wichtig." - „Die 130 Stunden würden sich aber sehr schnell abbauen", erwiderte ich ihr.

So sah ich keinen anderen Weg und verfasste ein Schreiben, in dem ich die Geschäftsführung um eine Klärung dieses Problems und um die Aktualisierung meines Arbeitsvertrages bat. Es gab kein Antwortschreiben, jedoch ein Gespräch mit der Pflegedienstleitung, die mir einzureden versuchte, dass es doch nicht so schlimm sei, ständig neue Leute zu treffen! – „Nein, es ist nicht schlimm, neue Leute kennenzulernen."

Der Brief hatte wohl die Gemüter erregt, denn die Pflegedienstleitung und einige Kollegen reagierten verärgert auf mich: „Wir haben deinen Brief nicht so ganz verstanden", äußerte sich die Kollegin. - „Hm, was gab es daran nicht zu verstehen?", dachte ich. Aber schließlich, was bildete ich mir ein, ich war nur eine 450 Euro Hilfskraft.

Mitte Januar lag ein Schreiben von meinem Arbeitgeber im Briefkasten, in dem er die Verlängerung meiner Probezeit ankündigte. Dies begründete er mit negativen Beurteilungen von Klienten. Dass es sich hierbei um eine einseitige Vertragsänderung handelte, war ja wohl klar!

Mich machte das traurig und veranlasste mich, nochmal einen Brief an die Geschäftsführung zu richten. Dass mir von Seiten meines Arbeitgebers kein Gespräch angeboten wurde, spielte jetzt auch keine Rolle mehr.

Das Kündigungsschreiben kam drei Tage später ...

"Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirklich menschliches Ziel."
Papst Franziskus

DIW-Studie belegt soziale Ungleichheit in Deutschland

Schere zwischen Arm und Reich klafft in Deutschland weit auseinander. Ein Vergleich der Vermögensverhältnisse in den Ländern der Euro-Zone zeigt, dass in Deutschland weiterhin ein starkes Ungleichgewicht bei der Verteilung von Vermögen herrscht.

Zu diesem Ergebnis kommen Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die ihre Studie im Auftrag der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung durchführten. Demnach nimmt Deutschland unter den Euro-Ländern die Spitzenposition bei der ungleichen Verteilung von Vermögen ein. Während sich das durchschnittliche Vermögen der Erwerbslosen in der Bundesrepublik seit 2002 fast halbiert hat, blieb der durchschnittliche Besitz der restlichen sozialen Gruppen konstant.

Weitere Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass rund ein Fünftel der deutschen Erwachsenen über kein Vermögen verfügt. Bei sieben Prozent übersteigt die Höhe der Schulden sogar den Besitz. Ab einem Vermögen von 820.000 Euro zählen die Deutschen zum reichsten Prozent der Bundesbürger. Dieser Gruppe gehören vor allem Unternehmer an.

Während sich die Vermögensungleichheit in Deutschland insgesamt in den vergangen zehn Jahren konstant hielt, hat vor allem die Gruppe der Erwerbslosen deutlich an Vermögen verloren. Ihr Netto-Vermögen ist im Zeitraum von 2002 bis 2012 von 30.000 Euro auf 18.000 Euro gesunken. Wie Markus Grabka vom DIW mitteilt, sei dies die einzige Gruppe, die in den vergangenen zehn Jahren signifikante Einbußen beim Vermögen zu verzeichnen hatte.

Kleinere Bildungseinheiten unterstützt der Bildungsurlaub. In Nordrhein-Westfalen bekommen Beschäftigte bis zu fünf Tage bezahlten Urlaub, wenn sie sich beruflich oder gesellschaftlich-politisch weiterbilden wollen. Betriebe ab 10 ArbeitnehmerInnen müssen sich auf deren Wünsche nach Fortbildung einlassen. Nähere Informationen bekommt man bei Bildungsanbietern oder unter www.Bildungsurlaub.de.

Schon immer gibt es eine steuerliche Förderung. Weiterbildungskosten lassen sich als Werbungskosten oder als Sonderausgaben steuerlich absetzen. Das heißt, für den Teil des Einkommens in Höhe dieser Kosten müssen keine Steuern gezahlt werden.

www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.438656.de

Jobpaten: Ein fast unbekanntes Modell

Wer den Anschluss an den Arbeitsmarkt nicht schafft, riskiert auf Lebenszeit ausgegrenzt zu bleiben und der Gemeinschaft viel Geld zu kosten.

Deswegen arbeiten vorbeugend Jobpaten an der Schnittstelle zwischen Schule und Job. Sie sind eine besondere Art von Lernpaten, die Hauptschüler(innen) unterstützen, denen es schwer fällt, den Hauptschul-abschluss zu schaffen. Sie treffen sich mit ihnen regelmäßig, um Schulprobleme und sonstige Probleme in den Griff zu kriegen, damit sie die letzten Schulhürden meistern können. Nach dem Abschluss helfen sie ihnen, eine erste Arbeit oder Lehrstelle zu finden. Für diese Kategorie von Aktivpaten tragen die lokalen Projekte die verschiedensten Namen (Jobpaten, Bildungspaten, Ausbildungspaten, Berufspaten, Schülerpaten, Schülercoaches etc.). Die Vielzahl von Namen ist ein Grund, warum der Begriff des Jobpaten noch ziemlich unbekannt ist.

Sie finden die Adressen der Vermittlungen von Jobpaten in einer Datenbank:

www.aktivpaten.de/vermittlungen-in-ihrer-nahe/

und unter: www.jobpaten.net

Kurzberichte & Meldungen

Mit gutem Beispiel voran

Im Februar wurden die Miethöchstgrenzen für Hartz IV- und Sozialhilfe-Bezieher in Hamburg angehoben. Das teilte die Sozialbehörde gegenüber der „Hamburger Morgenpost“ mit. Demnach werden die Beträge um 6,2 bis 7,5 Prozent angehoben.

Grund ist der Mietspiegel 2013, nach dem die Mieten um durchschnittlich 5,7 Prozent in den vergangenen zwei Jahren gestiegen sind. Die Kaltmiete für einen Ein-Personen-Haushalt wird deshalb von bisher 327 Euro auf 348,50 Euro (plus 6,6 Prozent) angehoben. Zwei-Personen-Haushalte erhalten zukünftig 418,20 Euro statt wie bisher 393,40 Euro. Drei-Personen-Haushalte sollen demnächst 524,25 Euro, Vier-Personen-Haushalte 594,15 Euro und Fünf-Personen-Haushalte 709,07 Euro (plus 7,5 Prozent) für die Miete bekommen. Für jede weitere Person werden 87,72 Euro veranschlagt.

Hartz IV- und Sozialhilfe-Bezieher haben demnach zukünftig etwas mehr finanziellen Spielraum bei den Mieten, das dieser Wert aber immer noch zu gering ist, zeigt ein Blick in den aktuellen Mietspiegel. Selbst Wohnungen in weniger guter Wohnlager sind kaum unter 9 Euro pro Quadratmeter in Hamburg anzumieten.

www.gegen-hartz.de/nachrichtenueberhartziv/mehr-hartz-iv-fuer-miete-in-hamburg-900159072.php

Bundestags-Petition gegen Hartz IV-Sanktionen

In der vergangenen Sperre konnten wir noch nicht über den Erfolg der Bundestags-Petition gegen Leistungskürzungen berichten, welche die Hamburger Jobcenter-Dissidentin Inge Hannemann auf den Weg gebracht hatte. 89.786 Menschen haben innerhalb von vier Wochen den folgenden Aufruf unterzeichnet:

„**Petition 46483:**

Arbeitslosengeld II - Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen (SGB II und SGB XII) vom 23.10.2013

Text der Petition:

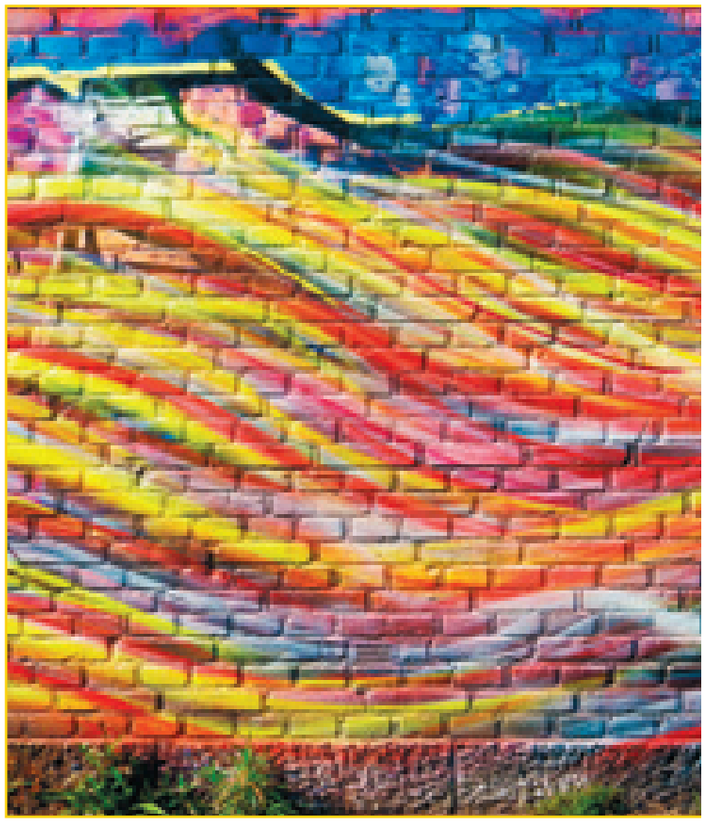
„Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Paragrafen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitsuchende, § 31 bis § 32 SGB II) und im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe, §39a SGB XII) ersatzlos zu streichen, die die Möglichkeit von Sanktionen bzw. Leistungseinschränkungen beinhalten.“

Der Erfolg der Petition heißt nicht, dass der Bundestag jetzt tatsächlich beschließt, dass die Leistungskürzungen abgeschafft sind. Es heißt aber immerhin, dass der Bundestag sich mit dem von 89.786 Personen geäußerten Anliegen befassen muss. Dieses tat er nun am 17. März. Die Petition wurde mit der riesigen Mehrheit der Großen Koalition verworfen.

Fast 90.000 Stimmen einer Politik von unten, das ist viel. Es reicht aber noch nicht heran an die Größenordnung, welche die benachbarte Schweiz gewohnt ist. Das kann noch mehr werden – sonst tun „die da oben“ ja weiterhin immer nur, was sie wollen und ohne auf „die da unten“ zu hören!

(avo)

Kurzberichte & Meldungen



Berufliche Eingliederung durch Hartz IV

Vor etwa 10 Jahren, am 13. Februar 2004, wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) in einem Papier „Zur Festlegung der Höhe der Eingliederungsleistungen für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II und der hierfür notwendigen Personal- und Verwaltungsaufwendungen für das Jahr 2005“ folgender Gesamtaufwand für Eingliederungsleistungen und Personal und Verwaltung genannt: für Eingliederungsleistungen 1.971 Euro pro erwerbsfähigem Erwachsenen und für Personal und Verwaltung 1.007 Euro pro erwerbsfähigem Erwachsenen.

Was daraus geworden ist: Im zehnten „Hartz IV-Jahr“ plant das Bundesministerium für Arbeit mit 882 Euro für „Eingliederungsleistungen“, einschließlich der nicht im SGB II geregelten Bundesprogramme und mit 1.070 Euro für Verwaltungskosten pro erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Mittel aus dem Eingliederungshaushalt können in den Verwaltungshaushalt verschoben werden. In Münster werden knapp 10 % der Eingliederungsmittel in die Verwaltungskosten verschoben. Nach: Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, BIAJ- Materialien vom 15.1.2014, biaj.de **(avo)**

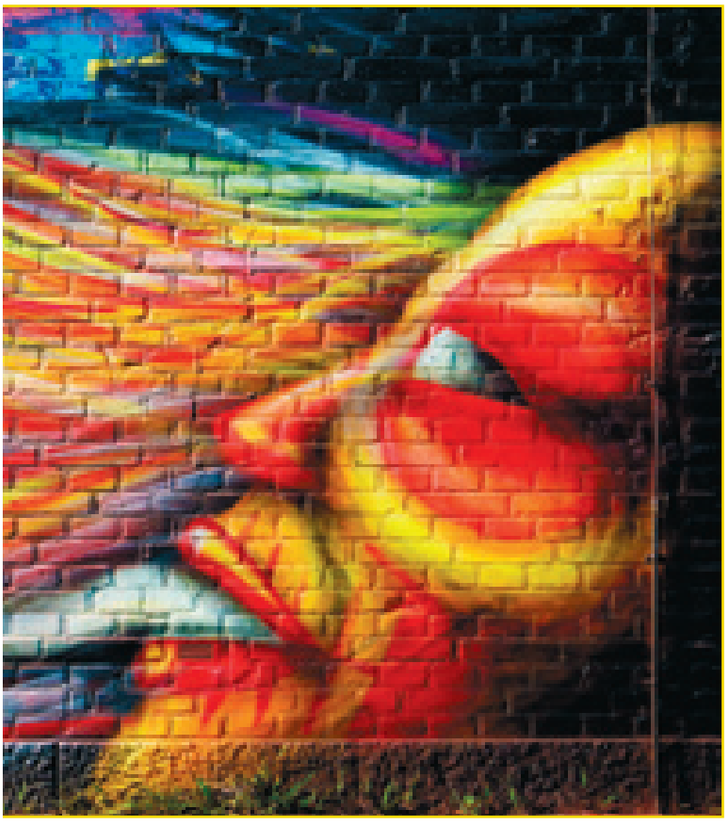
Hartzer gehen weniger zur Wahl

Politiker der bürgerlichen Parteien wird es freuen: Empfänger von Hartz IV gehen weniger zur Wahl. Das hat das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe herausgefunden. Bei der Bundestagswahl 2013 lag in Bremen die Wahlbeteiligung in Stadtteilen, in denen überdurchschnittlich viele Bezieher von Leistungen nach SGB II wohnen, deutlich unter der in anderen Vierteln. Im Stadtteil Tenever etwa lebt jeder Dritte von Hartz IV. Hier gab nur die Hälfte der Bewohner ihre Stimme bei der Bundestagswahl ab. Anders in Borgfeld. Dort bekommt lediglich jeder Zehnte Sozialleistungen, die Wahlbeteiligung war folgerichtig mit 86,2 Prozent besonders hoch. **(gh)**

Jeder Dritte Hilfebedürftige ist psychisch erkrankt

Eine gemeinsame Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sowie der Universität Halle-Wittenberg kommt zum Ergebnis, dass bei über einem Drittel der ALG II-Empfänger innerhalb eines Jahres mindestens eine psychiatrische Diagnose gestellt worden ist. Die Forscher berufen sich hierbei auf Daten der Krankenkassen, der gesetzlichen Rentenversicherung und weiterer Behörden. Als besorgniserregend können in diesem Zusammenhang die Daten der AOK bezeichnet werden, wonach sich die Quote von Hilfebedürftigen mit psychischen Problemen zwischen 2007 und 2011 sogar um 7,6 Prozent auf 40,2 Prozent erhöht hat.

“Für die, die mit Arbeitslosen und unseren Mitarbeitern in den Jobcentern in Kontakt sind, ist der Befund nicht überraschend”, erklärte BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt in einer Stellungnahme. Alt bekräftigte, dass die Jobcenter jenes Problem noch intensiver als bislang bearbeiten würden. Seiner Meinung nach dürfe die Wechselwirkung zwischen Erwerbslosigkeit und psychischen Problemen nicht unterschätzt werden, da eben jene sowohl Ursache als auch Folge sein könnten. Darüber hinaus appellierte der BA-Vorstand an die Arbeitgeber, psychisch kranken Erwerbslosen eine Chance zu geben. Schließlich seien viele von ihnen hochproduktiv und hochintelligent. **www.sozialleistungen.info**



Doktoranden und Hartz IV

Wer nach dem Studium eine Promotion anstrebt und während der Promotionszeit mit einem Nebenjob nicht genug Geld verdient, kann unter bestimmten Voraussetzungen Hartz IV beantragen. Doktoranden sind grundsätzlich Hartz IV-leistungsberechtig, die Bewilligung eines Antrags ist allerdings abhängig von Einkommen, Vermögen und Familienstand. Alleinstehende Erwachsene haben z.B. einen Anspruch auf Hartz IV, wenn sie weniger als die Euro-Kosten für Regelsatz und Warmmiete verdienen. Es gilt ein Vermögensfreibetrag von 150 Euro pro Lebensjahr.

www.aachener-zeitung.de und www.focus.de

Recht auf einen Beistand beim Hausbesuch

Sanktionen aufgrund eines verwehrten nicht angemeldeten Hausbesuches sind rechtswidrig. Bei einer Hartz IV-Betroffenen wollte das Jobcenter gleich zwei unangemeldete „Hausbesuche“ unternehmen. Die Betroffene ließ die Jobcenter-Außendienstmitarbeiter jedoch nicht in die Wohnung, da die Herren erstens keine Ausweise vorlegten, zweitens keinen Prüfauftrag mit dabei hatten und drittens die Betroffene allein war und somit kein Zeuge bzw. Beistand im Hause war. Weil die Frau ihre Grundrechte in Anspruch nahm, kürzte das Jobcenter „als Strafe“ just die Arbeitslosengeld II Leistungen. **www.gegen-hartz.de**

“Arm ist nicht, wer wenig hat, sondern wer viel will.”
Peter Rosegger

Mindestlohn

Es wird eine Menge Bohei betrieben, um gegen den Mindestlohn vorzugehen. Zeitungen haben ein großes Interesse an solchen tendenziösen Meldungen, denn ihre Verteiler frühmorgens arbeiten in aller Regel eher für 4 - 5 Euro als für 8,50 Euro. Fragen Sie Ihren örtlichen Verteiler, falls Sie das frühe Aufstehen nicht nur ihm, sondern auch sich selbst zumuten wollen!

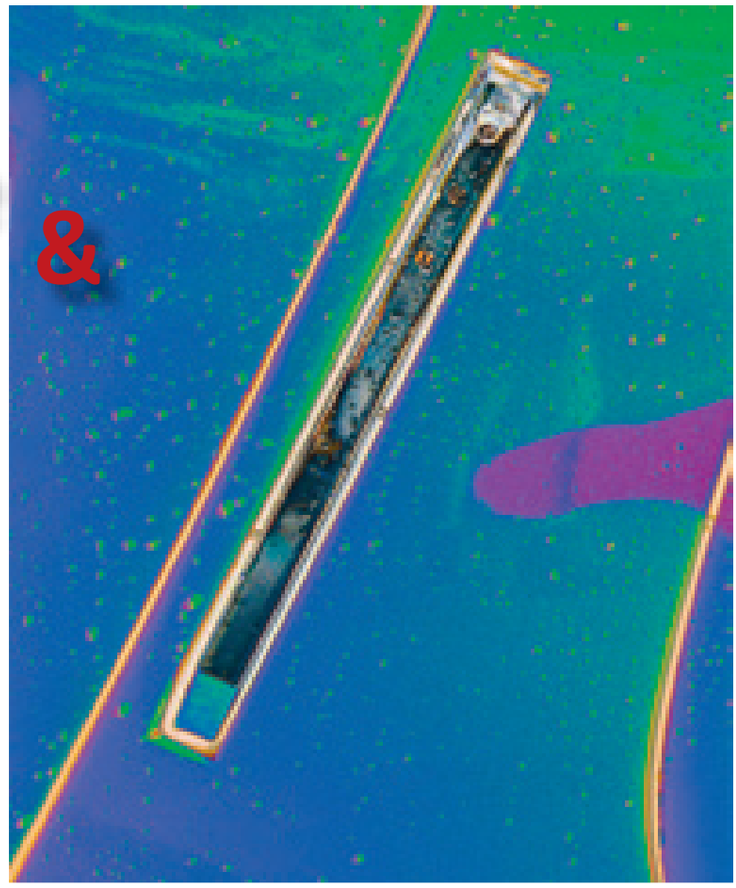
Eine jüngst verbreitete Meldung besagt, es seien gar nicht so viele Menschen zu Billiglöhnen in Vollzeit beschäftigt, wie gedacht. Schauen wir mal genau hin: Im Jahr 2011 verdient eine halbe Million Vollzeitbeschäftigte unter 1000 Euro (brutto!) im Monat. 1,8 Millionen Vollzeitbeschäftigte erhalten weniger als 1470 Euro im Monat, 8,50 Euro Stundenlohn bringen monatlich 1470 Euro brutto. (Quelle: biaj.de vom 5.2.2014)

Mit 1470 Euro brutto ist man noch nicht unbedingt raus aus Hartz IV, das hängt von der Miete und von der Familiengröße ab. „Der Lohn muss ... den angemessenen Lebensbedarf des Arbeitenden und seiner Familie decken“, sagt die Verfassung des Landes NRW, Artikel 24 Absatz 2.

Die bemängelte Falschzählung von Vollbeschäftigten sagt auch folgendes: die Vollbeschäftigten werden weniger, auch in besser bezahlten Jobs. Nicht 20 % sondern 25 % aller sozialversicherten Beschäftigten arbeiten in Teilzeit. Diese kommen zu den oben erwähnten Billiglöhnern noch dazu. Gerade im Teilzeitbereich sind unsittlich niedrige Löhne verbreitet, z.B die Zeitungsausträger. Die Verleger sagen, Zeitungaustragen sei immer nur Nebenjob, da müsse der Lohn gar nicht so hoch sein, man brauche keinen Mindestlohn.

Dass Teilzeitbeschäftigte nach ihren eigenen Wünschen so wenig arbeiten und verdienen und stattdessen dessen gern Sozialleistungen beziehen, ist ein gern verbreitetes Märchen. Sowohl Minijobber als auch sozialversicherte Teilzeitkräfte wollen deutlich mehr arbeiten, bestätigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom 3.2.2014, **www.iab.de (avo)**

Kurzberichte & Meldungen



Zwangsverrentung bei Hartz IV

Zu diesem Thema gab es im „MALTA“ eine Vortragsveranstaltung. Die wichtigsten Punkte, die Dinge, die man für die eigene Erwerbsbiographie beachten sollte, sind hier noch einmal nachzulesen.

Der Ausspruch „Die Rente ist sicher“ ist ein regelmäßiger Anlass für Streit. Anlass zu streiten haben die Langzeitarbeitslosen. Andere dürfen wählen, ob sie mit 63 Jahren unter Abschlägen in die Altersrente gehen. Hartz IV-Bezieher haben keine Wahlfreiheit. Sie können zum vorzeitigen Rentenbezug gezwungen werden, mit dauerhafter Rentenkürzung. Im Jahr 2013 traf das bundesweit 28 000 Menschen, in Münster knapp 100. Für dieses und die folgenden Jahre erwartet die Bundesregierung deutlich höhere Zahlen.

In einer Info-Veranstaltung von cuba-Arbeitslosenberatung und MALTA erklärte Georg van Vorst (Fachstellenleiter im Jobcenter) die Praxis des Jobcenters Münster: Was tut das Jobcenter zum Renteneintritt? Was ist zu beachten?

Das Jobcenter stellt nicht einfach die Leistungen ein. Es fordert zum Rentenantrag auf. Es kann selbst diesen Antrag stellen, wenn die Arbeitslose gar nicht aktiv wird. Aber das gab es in Münster noch nicht, sagte van Vorst.

Das Jobcenter hat zu prüfen, ob die Rentenaufforderung „unbillig“ ist. „Unbillig“ heißt soviel wie „unangemessen“ oder „übertrieben hart“. Die „Unbilligkeitsverordnung“ bezeichnet als unbillig: Wer Alg II ergänzend zum Arbeitslosengeld erhält, soll nicht aufgefordert werden, ebenso wer drei Monate vor einer ungekürzten Altersrente steht, oder wer noch mehr als geringfügig (über 450 Euro im Monat) erwerbstätig ist oder eine solche Arbeit konkret (d.h. in drei Monaten) in Aussicht hat.

Van Vorst rät dringend zum Beratungsgespräch in der Rentenkasse. Hartz IV-Bezieher mit einem Minijob sollten mit ihrer ArbeitgeberIn verhandeln, ob der Job nicht auf etwas über 450 Euro ausgedehnt werden kann. Das ist für die Arbeitgeberin nicht teurer als etwas unter 450 Euro. Vielleicht finden Sie weitere Argumente gegenüber dem Jobcenter.

Das Jobcenter muss Ihnen Zeit für eine Rentenberatung geben. Das verzögert den Rentenbeginn ein wenig. Zumindest werden Sie mehr Klarheit gewinnen über ihre Rentenaussichten. Vielleicht ist die vorzeitige Rente keine Bedrohung, sondern entlastet vom Druck sich hoffnungslos bewerben zu müssen. Oder eine die Rente ergänzende Grundsicherung vom Sozialamt verschlechtert nichts an der Lebenssituation. Wer aber noch auf einen Minijob oder kleine Ersparnisse zurückgreifen kann, steht beim Sozialamt schlechter da, als beim Jobcenter.

Sozialhilfe bzw. Grundsicherung im Alter rechnet deutlich enger an. Ein im Jobcenter noch geschütztes Altersvorsorgevermögen muss man in der Grundsicherung weitgehend vorab verbrauchen. Die Rentenaufforderung dürfte „unbillig“ sein, wenn erst die Rentenabschläge abhängig machen vom Sozialamt.

Wie Ihre Bewertung und Ihr weiteres Vorgehen aussehen, hängt von Ihren konkreten Möglichkeiten und Vorstellungen ab. Lassen Sie sich unabhängig beraten, z.B. in der cuba-Arbeitslosenberatung.

Hintergrundinformationen zur Zwangsverrentung und Handlungsempfehlungen bringt die Internetseite:
www.erwerbslos.de (avo)

Schöner Wohnen am Breul

Münster ist schön. Aber für viele Menschen sind die Mieten in der Innenstadt kaum noch zu bezahlen. Der „Verein zur Erhaltung preiswerten Wohnraums“ (VzEpW) macht sich dafür stark, dass auch weniger Betuchte in der City wohnen können. Die Initiative wurde bereits 1989 von Bewohnerinnen und Bewohnern am Breul 32-38 und der Tibusstraße 30a und 30b gegründet, deren Häuser damals der Abriss drohte, der aber 1996 durch politischen Druck und viel Öffentlichkeitsarbeit verhindert werden konnte.

Die 1880 für Kanalarbeiter gebauten Wohnungen sind die älteste Arbeitersiedlung innerhalb der Altstadt und entwickelten sich im Laufe der Zeit zu einem Zentrum alternativen Lebens in Münster. Die Bewohnerinnen und Bewohner sanierten die bis heute selbstverwalteten Häuser in Eigenregie. Ein Blockheizkraftwerk im Keller erzeugt Strom und eine Rückhalteanlage für Regenwasser lässt aus der Toilettenspülung Regen- statt Trinkwasser kommen. Im Jahr 2000 zeichnete die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Häuser als ökologisches und soziales Musterprojekt aus.

Kontakt: VzEpW, Bernd Drücke, c/o Graswurzelrevolution, Breul 43, 48143 Münster, redaktion@graswurzel.net

Zur bewegten Geschichte der Häuser: **myspace.com/breultibus/mixes (gh)**

#1 Geben, #2 Nehmen, #3 Teilen

Mehr als die Hälfte unserer Lebensmittel landet im Müll! Das meiste schon auf dem Weg vom Acker in den Laden, bevor es überhaupt den Esstisch erreicht: jeder zweite Kopfsalat, jede zweite Kartoffel und jedes fünfte Brot. Was ist nun Foodsharig? www.foodsharing.de soll eine Internet-Plattform werden, die Privatpersonen, Händlern und Produzenten die Möglichkeit gibt, überschüssige Lebensmittel kostenlos anzubieten oder abzuholen.

Über www.foodsharing.de kann man sich auch zum gemeinsamen Kochen verabreden um überschüssige Lebensmittel mit Anderen zu teilen, statt sie wegzuwerfen. Die Grundidee ist: Menschen teilen Essen. Es soll dabei kein Geld fließen, denn teilen hat auch eine ethische Dimension. Wir wollen den Lebensmitteln damit wieder einen ideellen Wert geben, denn sie sind mehr als bloß eine Ware – das ist die Idee hinter foodsharing.

Trag Lebensmittel ein – Hol dir Lebensmittel – Triff Leute

www.foodsharing.de

Heute auf dem Stundenplan:
Schule&Zeitung.

Machen Sie Ihre Schüler zu Leseratten. Mit der Süddeutschen Zeitung. Sechs Wochen lang. Druckfrisch und kostenlos ins Klassenzimmer. Mit speziell entwickeltem Unterrichtsmaterial. Und mit der Sicherheit, die Medien- und Lesekompetenz Ihrer Schüler zu fördern und zu stärken.

Mehr Informationen zu werdenden Leseratten bei Gabriele Knissel, Leiterin Jugendmarketing, Tel. 089/2183-9824.
www.schule-und-zeitung.de

Seien Sie anspruchsvoll.
Süddeutsche Zeitung

Urteile & Tipps

Bulli ist keine Unterkunft

Ein als Schlafplatz genutzter VW-Bus ist keine Unterkunft. Deshalb muss das Jobcenter dafür keine Kosten übernehmen. Das hat das Landessozialgericht in Rheinland-Pfalz entschieden. Der Mann hatte beim Amt einen Zuschuss für Ersatzteile, die KfZ-Steuer und die Unterhaltskosten für einen Heizstrahler beantragt. Das Sozialgericht in Mainz gab ihm zunächst teilweise Recht und verdonnerte das Jobcenter dazu, Steuern und Reifen zu bezahlen. Die nächsthöhere Instanz hob das Urteil jedoch auf. Grund: In einem Auto beziehungsweise Bulli gäbe es keine Privatsphäre. Damit falle der VW-Bus nicht unter die Entscheidung des Bundessozialgerichts, das ein Wohnmobil als Unterkunft anerkannt hat.

Landesozialgericht Rheinland-Pfalz, 7.3.2013, L 3 AS 69/13 B ER

Mietschulden

Im Streit mit dem Jobcenter über die Wohnungskosten muss ein Hartz IV-Bezieher die Drohung des Wohnungsverlustes aushalten, solange keine Räumungsklage des Vermieters läuft. Eine einstweilige Anordnung des Gerichts gegen das Jobcenter ist erst möglich, wenn der Vermieter eine Räumungsklage einlegt.

LSG NRW L 12 AS 352/12 B ER vom 20.3.2012

Geld-Überweisungen der Eltern mindern Hartz-IV

Geldgeschenke an Hartz IV Bezieher durch Verwandte oder Freunde werden auf die laufenden Arbeitslosengeld II-Regelleistungen angerechnet. Das gilt auch, wenn das Geld als „nur geliehen" gilt, und keine konkrete Kredit-Abmachung vorzuweisen ist.

Sozialgericht Berlin, S 157 AS 26445/08 vom 18.1.2011

Mietanteil eines Untermieters

Wenn ein Hartz IV-Bezieher seinen bei ihm wohnenden Bruder nicht als Untermieter dem Jobcenter gemeldet hat, muss er dessen Anteil der gezahlten Unterkunftskosten ans Jobcenter zurückzahlen, obwohl der Bruder keine Miete gezahlt hat.

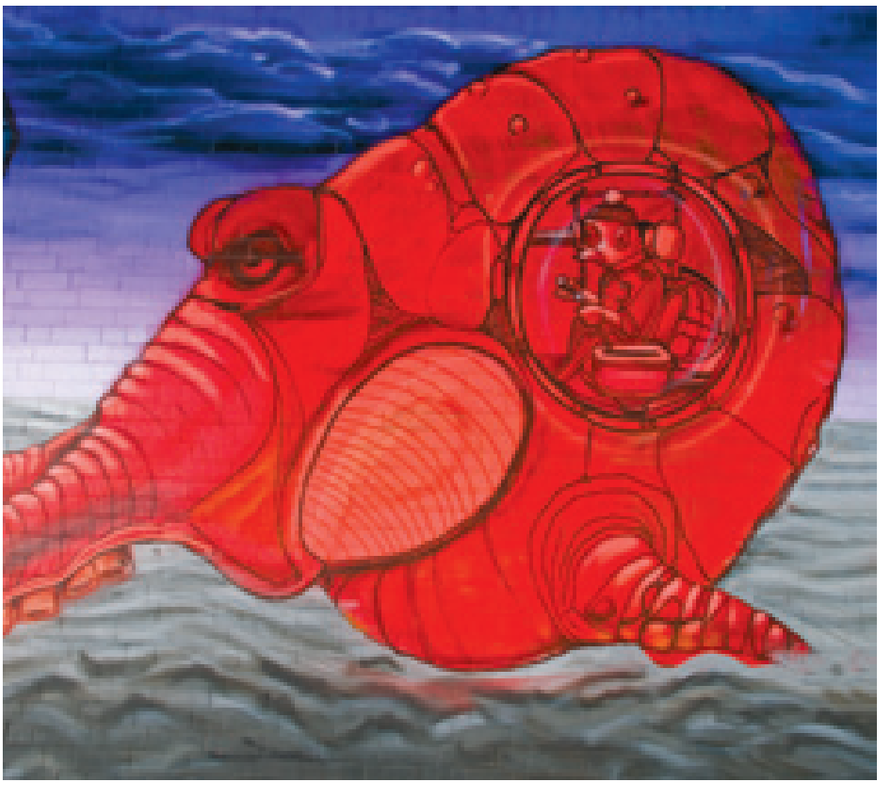
Sozialgericht Münster S 3 AS 321/11, 21.05.2012

EU-Ausländer haben vorläufigen Anspruch auf ALG II

Das Jobcenter in Iserlohn lehnte den Antrag einer spanischen Familie mit vier Kindern auf Leistungen nach ALG II mit der Begründung ab, sie hielte sich nur in Deutschland auf, um Arbeit zu finden. Deshalb stünde ihr kein Hartz IV zu. Die Spanier waren im Juli 2013 ins Sauerland gezogen und hatten sich mit Gelegenheitsjobs über Wasser gehalten. Das Sozialgericht Dortmund verpflichte das Jobcenter nun, dem Antrag der Familie vorläufig stattzugeben. Es bestünden erhebliche Zweifel, ob ein Ausschluss von den Leistungen mit dem Recht in der Europäischen Union vereinbar sei.

Zu einem ähnlichen Urteil kam das Landessozialgericht von Nordrhein-Westfalen bereits im November 2013 bei einer Familie aus Rumänien. Die Erwachsenen und ihr Kind lebten bereits seit 2009 in Gelsenkirchen und hatten eine Obdachlosenzeitung verkauft. Auch dort hatte das zuständige Jobcenter die Auffassung vertreten, die Familie hielte sich nur zur Arbeitssuche in der Bundesrepublik auf und habe deshalb keinen Anspruch auf staatliche Leistungen nach ALG II. Diese Praxis stünde gegen das Europarecht, so die Richter und verwiesen auf den Europäischen Gerichtshof.

Sozialgericht Dortmund, 22.1.2014, S 19 AS 5107/13 E
Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, 28.11.2013, L 6 AS 130/13



Street Art: Rookie - "The Weird", Münster, www.liquidluck.de

Jobcenter muss Kosten für Klassenfahrt zumindest teilweise übernehmen

Das Jobcenter muss die Kosten für eine mehrtägige Klassenfahrt übernehmen – allerdings nur bis zur im Landesschulrecht festgelegten Obergrenze. Das hat das hessische Landessozialgericht im November 2012 entschieden. Auf einer Schulversammlung entschieden sich die Eltern eines Gymnasiums in Hanau, dass die Jahrgangsstufe 11 nach Berlin fahren soll. Kosten: 350 Euro. Weil das Landesschulrecht in Hessen aber die Höchstsumme für Inlandsreisen auf 300 Euro festlegt, lehnte das Jobcenter die Übernahme komplett ab. Die Schülerin konnte nur dank eines Darlehns der Schule an der Klassenfahrt teilnehmen. Die Richter verurteilten das Jobcenter, die Kosten zumindest in Höhe der Obergrenze zu übernehmen. Das Überschreiten der Grenze rechtfertige nicht die komplette Ablehnung des Antrags.

Hessisches Landessozialgericht, 6.11.2012, L 7 AS 40

Keine Zwangsbehandlung bei ALG II

Das Jobcenter Schleswig-Flensburg versuchte einen Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) per Eingliederungsbescheid unter Sanktionsdrohung dazu zu zwingen, sich psychiatrisch behandeln zu lassen. Dass dies Grundrechte verletzt, meint auch das Sozialgericht Schleswig.

Das Sozialgericht argumentiert darin wie folgt: Für den Erfolg einer psychiatrischen Behandlung sei Freiwilligkeit ausschlaggebend, weshalb Zwang durch das Jobcenter nicht einmal geeignet sei, die Leistungsfähigkeit zu bessern.

Außerdem habe auch wer Hartz VI bekommt das Recht, selbst zu entscheiden, ob bzw. wann er sich ärztlich oder psychiatrisch behandeln lässt. Zwangsbehandlung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und damit Verbesserung der Eingliederung in Arbeit sei unverhältnismäßig und damit rechtswidrig.

SG Schleswig: S 16 AS 158-13 ER , Quelle: gegen-hartz

Bewilligung von Zeitreisen

Mit einem echten Klamauk muss sich derzeit das Sozialgericht Düsseldorf beschäftigen. Das Gericht hat nach Recherchen des Düsseldorfer Abendblattes allen Ernstes zu prüfen, ob ein Hartz IV-Bezieher „Zeitreisen" unternommen hat. Denn das hiesige Jobcenter fordert den Betroffenen auf, nachzuweisen, wie er die Zeitreisen finanziert hat. Aus Spaß hatte der Düsseldorfer der Behörde ein fingiertes Reisedokument vorgelegt. In dem Reisepass war ein Einreisedatum inklusive Stempel vermerkt, das vor der Zeit der Geburt des Leistungsberechtigten lag. Er erklärte dem Jobcenter, dass er befähigt sei, Zeitreisen zu unternehmen.

Wenig Spaß versteht indes das Jobcenter: Die Behörde will ergründen, wie der Arbeitslosengeld II- Bezieher seine Reisen in die Vergangenheit finanziert hat. Zudem solle ein Strafverfahren gegen den „Zeitreisenden" eingeleitet werden. Denn, so die Begründung des Jobcenters, der Leistungsbezieher habe das Jobcenter nicht über die Zeitreisen in Kenntnis gesetzt.

Zum wahren Hintergrund: Der im Jahre 1972 geborene Mann hatte dem Jobcenter eine Kopie eines offensichtlich per Fotomontage angefertigten Reisedokumentes vorgelegt. In dem vermeintlichen Reisepass sind Reisedaten verschiedener Staaten dieser Erde versehen. Ein Stempel weist ein Einreisedatum von 1970 auf, also zwei Jahre vor der Geburt des Klägers. Demnach solle der Mann angeblich zwei Jahre vor seiner Geburt gereist sein. Nun will aber das Jobcenter wissen, wie er die Reisen vor seiner Geburt finanziert habe.

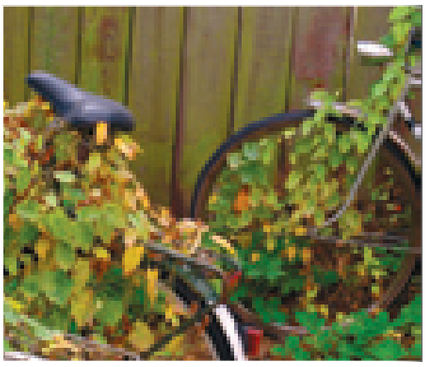
(Az: S 40 AS 2814/13), Quelle: gegen-hartz

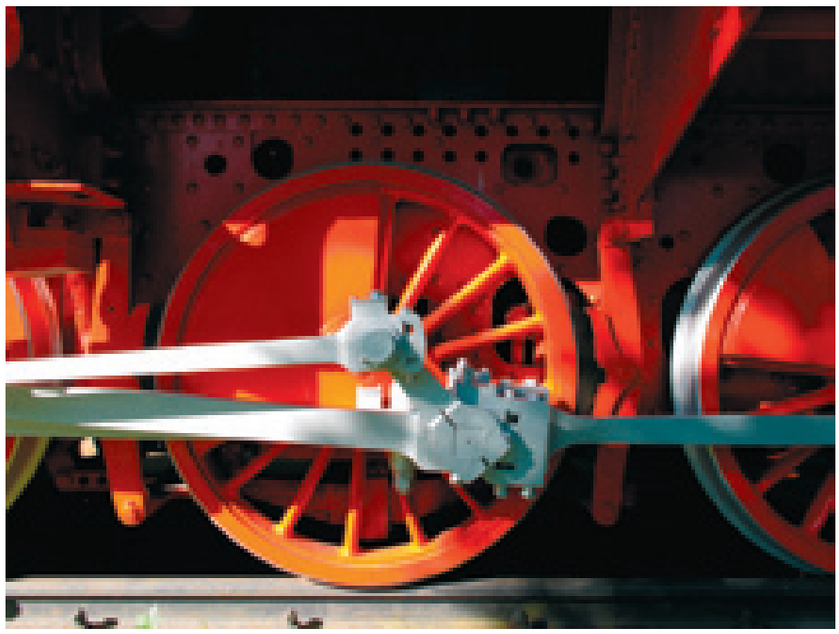
Alg II im Urlaubssemester

Studierende haben keinen Anspruch auf Alg II. Ein Urlaubssemester kann davon eine Ausnahme bieten, wenn sie tatsächlich nicht studieren, wenn sie nicht an Lehrveranstaltungen teilnehmen oder Prüfungen nicht ablegen dürfen und wenn sie auch nicht durch häusliche Prüfungsvorbereitungen voll in Anspruch genommen sind.

BSG, B 4 102/11 vom 22.3.2012

Urteile & Tipps





Fahrtkosten zum Meldetermin

Wenn ein Hartz IV–Bezieher zu einem Meldetermin eingeladen wird, dann muss das Jobcenter ihm aufgrund seiner Bedürftigkeit die Fahrtkosten voll erstatten.

LSG Bayern, L 11 774/10 vom 27.3.2012

Dunkler Nachhauseweg kein Grund um Job abzulehnen

Einer Empfängerin von Hartz IV ist der nächtliche Fußweg durch ein Industriegebiet zum Arbeitsplatz zuzumuten. Das hat das Sozialgericht in Mainz entschieden. Das Jobcenter in Bad Kreuznach hatte einer Frau eine Arbeitsstelle in einer Wäscherei angeboten, in der bis um 22 Uhr gearbeitet wurde. Da die Frau Angst hatte, im Dunkeln durch das Industriegebiet nach Hause zu gehen, trat sie die Arbeitsstelle nicht an. Ein Fahrrad oder gar Auto besaß sie nicht, Busse fuhren so spät nicht mehr. Das Jobcenter kürzte der Arbeiterin daraufhin die Leistungen. Das Sozialgericht bestätigte die Kürzung. Der Fußweg sei weder besonders gefährlich noch unzumutbar weit. Die Klägerin hätte sich, so die Richter, auch um eine Fahrgemeinschaft bemühen können oder mit anderen Beschäftigten gemeinsam nach Hause gehen.

Sozialgericht Mainz, 11.4.2013, S 10 AS 1221/11

Lebenslauf, Datenschutz und Leistungskürzung

Hartz IV-Leistungsbezieher müssen Maßnahme-Trägern keinen Lebenslauf vorlegen. Träger dürfen Daten nur mit deren Zustimmung erheben und werten. Wurde die Zustimmung seitens des Hartz IV Beziehers nicht erteilt, darf das Jobcenter keine Sanktion in Form einer Arbeitslosengeld II-Leistungskürzung aussprechen.

Sozialgericht Leipzig, S 25 AS 1470/12 ER vom 08.06.2012

Oxfam Deutschland

Wir haben es hinter uns: das verflixte 7. Jahr!

Seit August 2005 macht das Münsteraner Oxfam Shop-Team Überflüssiges flüssig.

Einen halben Tag pro Woche setzen sich unsere ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen für eine gute Sache ein: Sie verkaufen guterhaltene, gespendete Waren wie Kleidung, Hausrat, Bücher u.v.a.m.).

Die Erlöse fließen in humanitäre Hilfsprojekte weltweit – informieren Sie sich.

Sie möchten mitarbeiten? Dann rufen Sie an oder kommen Sie im Shop vorbei, wir freuen uns auf Sie!

Oxfam Shop Münster, Alter Fischmarkt 3-5, 48143 Münster ☎ 0251 – 484 35 37
Bus-Haltestelle Altstadt-Süd

www.oxfam.de

Jobcenter zahlt keine Fahrt zur Demo

Das Landessozialgericht in Nordrhein-Westfalen hat die Klage eines Hartz IV-Empfängers abgewiesen, der beim Jobcenter beantragt hatte, die Kosten für die Teilnahme an einer Demonstration zu übernehmen. Der Kläger hatte angeführt, dass die Beteiligung an Protesten und Demos zu den Grundrechten gehöre. Die Höhe der Leistungen nach ALG II reiche aber in keinem Fall aus, um an Demonstrationen teilzunehmen, die weiter entfernt seien. Die Sozialrichter indes sahen durch den Regelbedarf die Kosten bereits gedeckt, da in ihm ausdrücklich Ausgaben zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben enthalten seien. Läge dem Kläger viel an einer Demonstration, die weiter entfernt sei, dann müsse er genau wie jeder andere dafür sparen. ALG II umfasse nicht nur das „physische Existenzminimum“ sondern auch schon das „soziokulturelle Existenzminimum“.

Landessozialgericht NRW, 29.5.2003, L 12 AS 214/12

Deutschlands schnellste Online-Druckerei.

Immer einfach, schnell und zuverlässig drucken.
Immer bedarfsgerecht in allen Auflagen bestellen.

Mit der Online-Druckerei von CEWE.

Wir sind jederzeit gerne und gut gelaunt für Sie da!
Tel. 0800 - 589 31 41* oder **www.viaprinto.de**

*Gebührenfrei aus dem dt. Festnetz und allen dt. Mobilfunknetzen.

viaprinto
Erfolg hat schöne Seiten.

Impressum

FRÜHLING 2014

Herausgeber

abm e. V. (Arbeitslose brauchen Medien)
Berliner Platz 8 - 48143 Münster
Telefon: 0251 - 511.121
Internet: www.sperre-online.de
E-mail: sperre@muenster.de

Redaktion

Peter Andres
Heinz Annas
Norbert Attermeyer
Gerrit Hoekman (gh)
Elke Taute
Christoph Theligmann (c.t.)
(V.i.S.d.P.)
Arnold Voskamp (avo)
Rainer Wunderlich (r.wu.)
(Bildredaktion)

Gestaltung / Layout

Claudia Dana Csiszér

Webauftritt

www.sperre-online.de / www.abm-ev.de
Claudia Dana Csiszér

Bildquellen

Rainer Wunderlich (r.wu.),
außer namentlich gekennzeichnete Fotos

Anzeigen/Spenden

Maria Hamers, Ulrich Wieners

Bankverbindung:

Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50 - Konto 4011797

Auflage

5.000 Exemplare

Bezug

Per Versand zum Selbstkostenpreis /
als Förderabonnement

Verteilung

Kostenfrei an Auslagestellen im InnenStadtgebiet Münsters
Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch der auszugsweise Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe bitte an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Das Recht zu kürzen, behalten wir uns vor.
Offene Redaktionssitzung

Dienstag 16 - 18h

Nächste Ausgabe

Juli 2014

Redaktionsschluss
06.06.’14

Anzeigenschluss
13.06.’14

Gefördert von:

GlücksSpirale
WIN & LOTTO

1. MAI 2014

GUTE ARBEIT. SOZIALES EUROPA.

1. MAI DGB

KUNDGEBUNG

11:00 Uhr - Demonstrationszug ab Hauptbahnhof
Bremer Platz Ecke Hamburger Straße

12:00 Uhr - Kundgebung in der Stubengasse mit:

Carsten Burckardt, IG BAU

Peter Mai, DGB-Stadtverbandsvorsitzender

Winfried Lange, DGB-Regionsgeschäftsführer

Spyros Marinos, Vorsitzender des Integrationsrates der Stadt Münster

Beate Vilhjamsson, Bürgermeisterin

Aktion der DGB-Jugend

KULTURPROGRAMM:

Musik: Pit Budde, Canarinhos

Essen: Bratwurst, Erbsensuppe & veganes Essen

Kinder: Lustiger Clown mit Luftballons

Do, 1. Mai 2014